

bundessparte
**industrie
aktuell**

wissenschaftliches institut

2015 3/4



Sigi Menz

Auswege aus der Investitionskrise

Industrieforum

Die Last der Bürokratie

Industriekonjunktur aktuell

Im Überblick und nach Branchen

Bundessparte Industrie (BSI)

Die **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich** vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von rund 4.000 Mitgliedsunternehmen, die schwerpunktmäßig der Industrie zuzuordnen sind. In der österreichischen Industrie sind rund 400.000 Personen beschäftigt.

Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

Industriewissenschaftliche Institut (IWI)

Das **Industriewissenschaftliche Institut (IWI)** setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).



Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Telefon: 05 90 900-3460

Telefax: 05 90 900-113417

Internet: <http://wko.at/industrie>, E-Mail: bsi@wko.at

Präsidium	Obmann	Mag. Siegfried Menz	Ottakringer Getränke AG
	Stellvertreter	KommR Veit Schmid-Schmidfelden Vizepräs. KommR DI Dr. Clemens Malina-Altzinger	Rupert Fertinger GmbH Reform-Werke Bauer & Co. Ges.m.b.H.
	kooptiert	Günter Dörflinger, MBA Dr. Paul Rübiger	Christof Holding AG Rübiger GmbH & Co KG
Geschäftsführer (interim.)		Mag. Andreas Mörk	



Industriewissenschaftliches Institut

Mittersteig 10/4, 1050 Wien

Telefon: 513 44 11-0

Telefax: 513 44 11-2099

Internet: <http://www.iwi.ac.at>, E-Mail: office@iwi.ac.at

Vorstand	Vorsitzender	Hon.Prof. Dr. Wilfried Stadler	Wirtschaftsuniversität Wien
	Stellvertreter	Gen.Sekr. Mag. Anna Maria Hochhauser Gen.Sekr. Mag. Christoph Neumayer	Wirtschaftskammer Österreich Vereinigung der Österreichischen Industrie
		Mag. Markus Beyrer Dr. Wolfgang Damianisch Mag. Christian Domany Dr. Erhard Fürst DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold DDr. Herwig W. Schneider	Business Europe Unternehmensberater Münze Österreich AG Industriewissenschaftliches Institut
Kuratorium	Vorsitzender	KommR Veit Schmid-Schmidfelden	Rupert Fertinger GmbH
	Stellvertreter	Prof. Herbert Krejci Dir. Mag. Dr. Johannes Turner	Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Österreichische Nationalbank
Geschäftsführer		DDr. Herwig W. Schneider	
Wissenschaftlicher Leiter		Univ.Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík	

industrie aktuell

inhalt

Sigi Menz 3
Auswege aus der Investitionskrise

Industrieforum

Die Last der Bürokratie

Markus J. Beyrer 6
Klaus Hübner 7
Jürgen Mandl 8
Stefan Schleicher 9

Industriepolitik

Matthias Schmidl 11

Automotiven Zulieferindustrie:
Besorgniserregende Entwicklung
der Standortfaktoren

Dominik E. Froehlich 13

Old and Out? Herausforderungen und
Lösungen im demografischen Wandel

Philipp Brunner 13

MERCUR 2015 -
Der Wiener Innovationspreis

Herwig W. Schneider 14

Kommentar zur
Frankfurter Buchmesse 2015

Roman Dorfmayr 15

A VOYAGE THROUGH SCALES:
The Earth System in Space and Time

Industriekonjunktur

Herwig W. Schneider 16

Die internationale
Konjunktorentwicklung

Michael Renelt 21

Industriekonjunktur: Produktions-
und Auftragsrückgang bewirkt
Beschäftigtenabbau

Industriekonjunktur nach Branchen

Branchenübersicht 24

Gesamtindustrie 25

Bergwerke und Stahl 25

Stein- und keramische

Industrie 26

Glasindustrie 26

Chemische Industrie 27

Papierindustrie 27

PROPAK - Industrielle Hersteller von

Produkten aus Papier und Karton 28

Bauindustrie 28

Holzindustrie 29

Lebensmittelindustrie 29

Textil-, Bekleidungs-, Schuh-

und Lederindustrie 30

Gießereindustrie 30

NE-Metallindustrie 31

Fahrzeugindustrie 31

Maschinen & Metallwaren 32

Elektro- und

Elektronikindustrie 32

Impressum

Herausgeber

Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Medieninhaber

Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 (0)5 90 900 3417, E-Mail: bsi@wko.at

Redaktion

Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

Satz und Layout

Christoph Hartmann (Chefredakteur), Michael Renelt

Autoren

CMS Vesely GmbH, A-2100 Korneuburg

Markus J. Beyrer, Philipp Brunner, Roman Dorfmayr, Dominik E. Froehlich, Klaus Hübner, Jürgen Mandl, Sigi Menz, Michael Renelt, Stefan Schleicher,

Matthias Schmidl, Herwig W. Schneider

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

Auskunft und

Bestellung

Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

Druck

AV+Astoria Druckzentrum GmbH, A-1030 Wien

Erscheinung

Vierteljährlich

ISSN

1023-8387



Trauer um Dr. Manfred Engelmann

Der langjährige Geschäftsführer der Bundessparte Industrie und Mitherausgeber von „industrie aktuell“, Dr. Manfred Engelmann, ist am 2. November 2015 völlig unerwartet im 61. Lebensjahr verstorben.

Manfred Engelmann trat nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Wien 1980 in die Bundeswirtschaftskammer, Sektion Industrie, ein. Von Beginn an befasste er sich als Referent der Arbeitgeberabteilung mit arbeits- und sozialrechtlichen Themen, insbesondere mit der Vorbereitung und Durchführung von Kollektivvertragsverhandlungen in allen Branchen der Industrie. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Ausverhandlung der Arbeitszeitverkürzungsverträge ab Mitte der 1980er Jahre beteiligt. In den 1990er Jahren war er führend für die Reform des Biennalsprungsystems für die Industrieangestellten (1997) sowie für das Arbeitszeitflexibilisierungssystem der Erweiterten Bandbreite im Bereich der Metallindustrie (1998) verantwortlich. Viel Zeit und Kraft investierte er ab 2000 in die Ausverhandlung des Einheitlichen Entlohnungssystems für Arbeiter und Angestellte in der Metallindustrie, welches nach langen und zähen Verhandlungen im November 2004 vereinbart wurde und mit 1. November 2005 in Kraft trat.

Mit 1. November 2006 wurde Manfred Engelmann zum Geschäftsführer der Bundessparte Industrie bestellt und war fortan zuständig für alle Belange der Sparte. Mit selbem Datum übernahm er auch die Funktion des Mitherausgebers von „industrie aktuell“. Weiterhin betreute er die KV-Verhandlungen der Fachverbände des Metallbereichs, wobei ihm eine Anpassung der Arbeitszeitflexibilisierung an die sich weiterentwickelnden Produktionsbedingungen ein besonderes Anliegen war. Die enorme Bedeutung flexiblerer Arbeitszeiten für die Aufrechterhaltung der industriellen Tätigkeit an einem Hochlohnstandort wie Österreich war auch in „industrie aktuell“ ein häufig angesprochenes Thema.

Nach mehreren Jahren, in denen erfolglos über dieses Thema verhandelt worden war, gelang schließlich bei den heurigen Herbstverhandlungen zum Kollektivvertrag der Metallarbeiter, dank des unermüdlichen Einsatzes von Dr. Manfred Engelmann, der Durchbruch mit einer Punktation zu einer neuen Regelung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Die Bundessparte Industrie verliert mit Dr. Manfred Engelmann einen engagierten und besonders fachkundigen Kämpfer für alle Anliegen der Industrie sowie anerkannten Experten im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Vor allem aber verliert die Industrie einen liebenswerten und humorvollen Menschen, dem weit über die Wirtschaftskammer hinaus Respekt und Anerkennung entgegengebracht wurde.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sigi Menz'.

Sigi Menz

Mag. Sigi Menz ist Obmann der Bundessparte Industrie und Chef des Ottakringer Getränkekonzerms.

Sigi Menz



Auswege aus der Investitionskrise

In Österreich zeigt sich mehr oder weniger seit Jahren eine Stagnation der Investitionstätigkeit. Dies dämpft nicht nur kurzfristig das Wirtschaftswachstum, sondern sorgt für ein massives strukturelles Problem: Wenn keine Investitionen erfolgen, gibt es auch keinen technischen Fortschritt, zu geringe Arbeitsproduktivität und eine sinkende Nachfrage.

Die letzten Jahre waren von einer anhaltenden Investitionszurückhaltung der österreichischen Wirtschaft geprägt. Das alljährlich prognostizierte Anspringen der Investitionstätigkeit hat sich - ebenso alljährlich - als Fehlprognose herausgestellt¹. Eine jüngst veröffentlichte WU-Studie² zeigt nun präzise das Ausmaß der Investitionsschwäche und analysiert deren Ursachen.

Im Zeitraum 2000-2014 ist die Nettoinvestitionsquote der Unternehmen von 13,5% auf 5,2% eingebrochen, also um mehr als 60 Prozent. Die Investitionsschwäche ist nicht als übliche Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen zu sehen, sondern hat überwiegend strukturelle Ursachen.

Im Zeitraum 2000-2014 ist die **Nettoinvestitionsquote** (Bruttoinvestitionsquote abzüglich Abschreibungen, bezogen auf den Bruttoproduktionswert) der Unternehmen von 13,5% **auf 5,2% eingebrochen**, also um mehr als 60 Prozent. Im Wesentlichen erfolgte dieser Absturz nach dem Jahr 2008, somit infolge der Wirtschaftskrise. Die

genannte Studie weist aber nach, dass die Investitionsschwäche nicht als übliche Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen zu sehen ist, sondern **überwiegend strukturelle Ursachen** hat. Aus diesem Grund kann auch eine konjunkturpolitische Antwort - wie etwa die expansive Geldpolitik und das damit zusammenhängende, niedrige Zinsniveau - kaum eine positive Wirkung auf die Investitionsneigung entfalten.

Abschreibungen statt Investitionen

Bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise haben Österreichs Unternehmen kräftig investiert, der Kapitalstock ist stark gewachsen. Dieses Wachstum kam nach dem Jahr 2008 praktisch zum Erliegen. Für die Unternehmen ist der hohe Kapitalstock ein Kostenfaktor, der sich in entsprechend **hohen Abschreibungen**

niederschlägt. Die Nettoinvestitionsquote und die Abschreibungsquote entwickeln sich stark auseinander, erste fällt und letztere steigt. Übersetzt man diese volkswirtschaftliche Beschreibung in die betriebliche Sprache, bedeutet dies nichts anderes, als dass die Folgekosten der - mitunter wohl zu optimistischen - Investitionen der Wachstumsjahre eine **Bürde** für die Unternehmen darstellen. Eine Bürde, die eine Nachfrage nach neuen Investitionen massiv dämpft.

Die Abschreibungen umfassen mittlerweile rund 80 % der Bruttoinvestitionen, nur etwa 20 % sind als tatsächliche Neuinvestitionen zu werten. Mit anderen Worten: Vier von fünf Euro an Investitionskosten werden nur dazu verwendet, den bestehenden Kapitalstock zu erhalten. Die Abschreibungen haben als einzige Komponente der Investitionen einen deutlichen Aufwärtstrend. Dies ist problematisch, da ein größer werdender Teil der Bruttowertschöpfung der Unternehmen nicht mehr zur aktiven Disposition zur Verfügung steht.

In der Abwärtsspirale...

Eingeklemmt zwischen der Notwendigkeit die Kosten früherer Investitionen zu verdienen und der schwachen Marktnachfrage, sind Unternehmen nicht in der Lage, in eine Ausweitung des Kapitalstocks zu investieren. Zuletzt - ab dem Jahr 2014 - sind auch die Steigerungen der Investitionen in Forschung und Entwicklung zum Erliegen gekommen, die zuvor noch eine gewisse Dynamik gezeigt hatten. Sinkende Gewinne verursachen Investitionsrückgänge, sinkende Investitionen verursachen wiederum Gewinnrückgänge. Das ist in den Unternehmen schon konkret spür- und messbar.

Ein „Herauswachsen“ aus der Krise wäre notwendig. Aber die Nachfrage am Inlandsmarkt ist schwach und auf den internationalen Märkten auch nicht besonders dynamisch. Zudem verlieren die Exportunternehmen tendenziell Marktanteile. Die Exportzahlen sind **noch** gut, aber das Wachstum der österreichischen Exporte lag zuletzt merkbar unterhalb des globalen Exportwachstums. Hier zeigt sich ein **Verlust an Wettbewerbsfähigkeit**, der überaus bedenklich ist. Ein Teil dieses Verlustes mag den schwachen Neuinvestitionen zuzuschreiben sein, sicher lasten steigende Lohnstückkosten auf der österreichischen Exportwirtschaft.

... und in der Kostenspirale

Mit dem Einbruch des Wirtschaftswachstums haben sich die Kosten der Reformverweigerung sprunghaft erhöht. Die nicht realisierten Reformen kosten Geld, den Unternehmen und Steuerzahlern ebenso wie der öffentlichen Hand.

Seit dem Jahr 2008 sind die **Lohnstückkosten** in Österreich um 15,8 % gestiegen, somit um die Hälfte stärker als im EU-Durchschnitt. Entscheidendes Problem ist die Tatsache, dass die Arbeitsproduktivität nur bescheiden wächst. Naturgemäß ist bei geringen

Investitionshöhen ein stärkerer Anstieg der Produktivität nicht zu erwarten, hier ist somit wieder ein **negativer Rückkopplungseffekt** zu beobachten. Lohnforderungen, die über das Produktivitätswachstum hinaus gehen, verstärken nur die bestehende Abwärtsspirale und führen mittelfristig - über eine weitere Zurückdrängung der Investitionen - zu einem fortgesetzten Absinken der Arbeitsproduktivität. Der Ruf nach höheren Lohnabschlüssen verschärft somit das Problem: Die Arbeitsproduktivität geht weiter zurück und erodiert den Wohlstand.

Die steigenden Lohnstückkosten sind nur einer der Faktoren, die zu einer Verschlechterung der Konkurrenzposition österreichischer Unternehmen führen. Ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen - laut OECD - steigende **Gebühren und Steuern** sowie eine **unge-nügende Deregulierung bei Dienstleistungsmärkten**. All dies zeigt sich in einer Inflationsrate, die nun schon seit einiger Zeit zu den höchsten im Euroraum zählt. Da es innerhalb des Euroraums keine Wechselkursmechanismen zum Ausgleich von Inflationsunterschieden gibt, reduziert eine hohe Inflationsrate (und damit insgesamt steigende Kostenbelastung) die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Unternehmen, im Export aber auch am Inlandsmarkt.

Fehlende Reformen kosten Geld

In den Zeiten hoher Wachstumsraten vor der Wirtschaftskrise wurden notwendige Strukturreformen zu zaghaft eingeleitet. Mit dem Einbruch des Wirtschaftswachstums haben sich die **Kosten der Reformverweigerung** sprunghaft erhöht. Die Steuer- und Abgabenquote hat in Österreich ein Rekordniveau erreicht, dennoch reichen die Einnahmen nicht für einen ausgeglichenen Staatshaushalt beziehungsweise zur Stabilisierung der Schuldenentwicklung der öffentlichen Hand. Die nicht realisierten Reformen kosten Geld, den Unternehmen und Steuerzahlern ebenso wie der öffentlichen Hand. Der Ruf nach Reformen ist daher wichtiger denn je.

Eile ist geboten: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik, Strukturreform bei der öffentlichen Verwaltung, Föderalismusreform, Reform des Gesundheitswesens, Privatisierungen, Bildungsreform - all dies muss ernsthaft in Angriff genommen werden. Gerade in den letzten Wochen haben sich neue Entwicklungen ergeben, die ein wenig Optimismus erlauben, dass eine **Überwindung der Reformblockaden** in Österreich möglich ist: Zuerst hat der jüngste Kollektivvertrags-Abschluss der Metallindustrie Schritte in die enorm wichtige **Flexibilisierung der Arbeitszeit** geöffnet, und kurz danach hat der Arbeitsmarkt- und Konjunkturgipfel einen wichtigen **Entlastungsschritt bei den Lohnnebenkosten** gesetzt. Zusammen mit der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer im Zuge der Steuerreform wurden hier richtige und wichtige Maßnahmen in die Wege geleitet.

In den vergangenen Wochen gelang in zwei Bereichen eine Überwindung der Reformblockaden in Österreich: Zuerst hat der jüngste Kollektivvertrags-Abschluss der Metallindustrie Schritte in die enorm wichtige Flexibilisierung der Arbeitszeit geöffnet, und kurz danach hat der Arbeitsmarkt- und Konjunkturgipfel einen wichtigen Entlastungsschritt bei den Lohnnebenkosten gesetzt.

Die Steuerreform und die Senkung der Lohnnebenkosten sind auch ein wichtiger Hebel, um **weitergehende Reformen** einzuleiten: Die resultierenden Mindereinnahmen der öffentlichen Hand erfordern engagierte Anpassungen und kluge Sparmaßnahmen, um die öffentlichen Haushalte nicht vollends entgleisen zu lassen. Für Österreich ergibt sich so die Chance, dass die lange vernachlässigten Reformbaustellen schlussendlich **unter dem Diktat der leeren Kassen** doch in Angriff genommen werden.

Ich persönlich bin überzeugt, dass mit **ernsthaften Reformschritten** in absehbarer Zeit ein Umfeld geschaffen werden kann, in dem Investitionen sich wieder auszahlen.

- 1 [Siehe im Detail dazu meinen Leitartikel in der Ausgabe 2/2015 von „industrie aktuell“: „Engagierte Reformen als Mittel gegen die Investitionszurückhaltung“.](#)
- 2 [Eva Pichler, „Investitionen in Österreich 2015: Konjunkturelle Schwäche oder ‚disinvesting by feet‘?“, September 2015](#)

Sigi Menz ist Obmann der Bundessparte Industrie und Chef des Ottakringer Getränkekonzerns.

Die Last der Bürokratie

Markus J. Beyrer
Klaus Hübner
Jürgen Mandl
Stefan Schleicher

Die Dichte an Vorschriften und Regelungen nimmt mehr und mehr zu, sie wird zu einer immer drückenderen Last für Unternehmen. Gleichzeitig wird die Vollziehung der Vorschriften und Regelungen aber auch für die öffentliche Verwaltung immer komplizierter und teurer. Oftmals zeigt sich zudem in der Praxis, dass die ursprünglich intendierten Ziele gar nicht erreicht werden können. Das Industrieforum der vorliegenden Ausgabe von „industrie aktuell“ befasst sich daher aus vier höchst unterschiedlichen Blickwinkeln mit Aspekten der „bürokratischen Überversorgung“ in Österreich.

Mag. [Markus J. Beyrer](#), Generaldirektor des europäischen Arbeitgeberverbandes BUSINESSEUROPE, bringt im Interview die europäische Perspektive mit ein: Einerseits können europäische Regelungen das markthemmende Chaos von 28 nationalen Bestimmungen überwinden helfen, andererseits besteht immer wieder die Gefahr einer Überregulierung. Die gegenwärtige EU-Kommission versucht zurückhaltender bei der Einführung neuer Regulierungen zu sein und gleichzeitig die bestehenden Regelungen auf Widersprüchlichkeiten zu durchforschen. Die EU-Mitgliedsstaaten haben es wiederum in der Hand, bei der Umsetzung europäischer Vorschriften bürokratische Exzesse zu vermeiden.

Seit Jahren mahnt die Kammer der Wirtschaftstreuhandler engagierte Schritte zum Abbau von Bürokratie ein, insbesondere die Entlastung von Unternehmen von Mehrgleisigkeiten und Wildwuchs an Vorschriften. Der Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhandler, Mag. [Klaus Hübner](#), sieht im hohen Bürokratieaufwand für Österreichs Unternehmen einen veritablen Standortnachteil, der bürokratische Aufwand bindet immer mehr an Arbeitskraft im Unternehmen. Alleine die Zusammenlegung der drei Lohnnebenkosten Kommunalsteuer, Dienstgeberbeitrag und Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag zu einer Lohnsummensteuer würde eine massive Entlastung darstellen, für Unternehmen wie auch öffentliche Verwaltung.

Der Präsident der Wirtschaftskammer Kärnten, [Jürgen Mandl](#), MBA, verweist im Interview auf die zwei Komponenten des „Verwaltungswahnsinns“: Einerseits gibt es - leider - viel zu wenige Beispiele aus der Verwaltung, wo Abläufe vereinfacht und professionalisiert werden; andererseits werden aber auch die gesetzlichen Bestimmungen immer umfangreicher und vielfach auch komplizierter. Die Wirtschaftskammer Kärnten sammelt seit Jahren Beispiele für Überbürokratisierung im sogenannten „Schwarzbuch Bürokratie“. Der im Schwarzbuch aufgezeigte, für die Unternehmen teure Bürokratiedschungel ist eine der wesentlichen Ursachen der Investitionszurückhaltung der Unternehmen.

Eine wesentliche Quelle bürokratischer Lasten für Unternehmen sind die Bestimmungen in den Bereichen Umwelt und Energie. Univ.-Prof. Dr. [Stefan Schleicher](#), Professor an der Universität Graz und Konsulent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, zeigt in seinem Beitrag das Missverhältnis zwischen der bürokratischen und finanziellen Belastung - für Unternehmen wie auch die Behörden - und dem erzielten Nutzen an den Beispielen des EU Emissionshandelssystem für Treibhausgase und dem österreichischen Energieeffizienzgesetz. In beiden Fällen standen gute Intentionen an der Wiege der Vorhaben, die dann schlecht umgesetzt und nicht mehr korrigiert wurden.



Markus J. Beyrer

„Wir werden die Kommission beim Wort nehmen“

Interview mit Mag. Markus J. Beyrer, Generaldirektor des europäischen Arbeitgeberverbandes BUSINESSEUROPE. Die Brüssel ansässige Organisation verfolgt aus nächster Nähe die Arbeit der Europäischen Union: In insgesamt 60 Arbeitsgruppe analysieren und diskutieren Experten - die von den 40 Mitgliedsorganisationen von BUSINESSEUROPE nominiert werden - Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene und bringen die Position der Wirtschaft in den Prozess der europäischen Rechtssetzung mit ein.

Regelungen auf EU-Ebene sorgen für wachsende bürokratische Lasten für die Industrie in Europa und tragen zu deren Investitionszurückhaltung bei. Wieso begräbt die EU ihr eigenes Re-Industrialisierungsziel immer wieder unter einem Berg von Regelungen und Vorschriften, die zu einer Hemmung der Wirtschaftsdynamik führen?

Markus J. Beyrer: Zunächst ist es wichtig zu betonen, dass Regelungen auf EU-Ebene nicht automatisch negativ sind. Wir brauchen klare Regeln, um den gemeinsamen Binnenmarkt weiter zu entwickeln und um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Oft ersetzt ein einziges EU-Gesetz 28 nationale Gesetze und hilft, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, die Investitionen erleichtern. Gleichzeitig ist es wichtig dafür zu sorgen, dass EU-Gesetzgebung auf realen Fakten basiert und die europäische Wirtschaft nicht übermäßig belastet oder bürokratisch einengt. Impact Assessments und Stakeholder-Konsultationen sind zwei solcher Möglichkeiten, um dies sicher zu stellen. EU-Gesetzgebung muss möglichst transparent sein, um unnötig belastende und nachträgliche Änderungen zu vermeiden. Wir brauchen auch mehr Transparenz beim sogenannten „gold-plating“ um zu vermeiden, dass EU-Staaten einige der Vorteile der Harmonisierung rückgängig machen, und zwar durch Ergänzung von spezifischen nationalen Anforderungen bei der Umsetzung von EU-Richtlinien.

Liegt das zentrale Problem in der fragwürdigen Durchführung von Vorhaben, oder versucht die EU zu viele Materien zu regeln und sollte grundsätzlich zurückhaltender sein?

Markus J. Beyrer: Natürlich gibt es die Gefahr der Überregulierung. Derzeit scheint es aber, dass die

Juncker Kommission das Problem erkannt hat. Präsident Juncker hat den Ersten Vizepräsidenten, Frans Timmermans, damit beauftragt, die Arbeit an einer besseren Rechtssetzung innerhalb der Kommission zu koordinieren und sicherzustellen, dass jeder Vorschlag im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit steht. Die Kommission wird auch weiterhin überprüfen, ob bestehende Regeln nicht unnötige oder widersprüchliche Anforderungen auferlegen und versuchen, diese zu entfernen (REFIT). Also versucht die Kommission tatsächlich, zurückhaltender zu sein. BUSINESSEUROPE verfolgt diese Entwicklung sehr genau und wir werden die Kommission beim Wort nehmen.

Mitunter entwickeln sich interessante Ideen im Prozess der Rechtssetzung zu wahren Bürokratiemonstern. Ließe sich dies durch verpflichtende Wettbewerbschecks – oder auch andere Maßnahmen - verhindern?

Markus J. Beyrer: Verpflichtende Wettbewerbschecks sind sehr wichtig und ein zentraler Bestandteil von europäischen Impact Assessments. Wir sollten die Bedeutung einer guten Folgenabschätzung nicht unterschätzen. Natürlich entscheiden letztlich die Gesetzgeber, ob sie die Ergebnisse in Betracht ziehen oder nicht. Aber wir brauchen transparente und objektive Informationen über die Kosten eines Legislativvorschlags und wie er sich auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt, damit unseren Vertretern alle relevanten Informationen zur Verfügung stehen.

Besteht bei der Umsetzung von Richtlinien der EU in nationales Recht die Möglichkeit, auf eine wirtschaftsverträgliche Gestaltung und niedrige bürokratische Hürden zu achten?

Markus J. Beyrer: Ja, Mitgliedsstaaten haben bei der Umsetzung von bestimmten EU-Richtlinien einen gewissen Handlungsspielraum. Nationalstaaten nutzen diese Möglichkeit, um Belastungen abzufedern oder Anforderungen hinzuzufügen. Einige Länder, wie das Vereinigte Königreich, geben deswegen Erklärungen über die Umsetzung einer EU-Richtlinie ab. Das ist wichtig, weil oftmals nationale Gesetzgeber sich nicht bewusst sind, welche Handlungsspielräume bei einer Umsetzung einer EU-Richtlinie vorhanden sind bzw. überstrapaziert werden. Unserer Ansicht nach

sollten alle EU-Mitgliedsstaaten solche Maßnahmen ergreifen und Erklärungen sowie Folgenabschätzungen während des so genannten „gold-plating“ abgeben. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde durch den Vorschlag der Kommission für eine interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtssetzung geliefert. Diese Vereinbarung enthält auch Vorschläge für mehr Transparenz bezüglich „gold-plating“. Jetzt liegt es am Rat und am Parlament zuzustimmen.

In welchen Bereichen wären Reformen mit dem Ziel des Abbaus bestehender Bürokratie für Unternehmen besonders dringend?

Markus J. Beyrer: Ein Abbau von Hemmnissen ist bei Steuervorschriften besonders wichtig. Wir müssen das Mehrwertsteuerrecht straffen und Zollvorschriften vereinfachen. Ein weiteres Beispiel ist die REACH-Verordnung. Wir müssen Widersprüche und Überschneidungen zwischen der REACH-Verordnung und anderen Rechtsvorschriften für Chemikalien auflösen. Zudem wären Reformen in der Abfallgesetzgebung nötig; die Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-Richtlinie) bedarf einer dringenden Überarbeitung. Ein Abbau von Bürokratie ist außerdem bei den Finanzberichterstattungspflichten sinnvoll.

Klaus Hübner



„Über eine echte Strukturreform reden“

Interview mit Mag. Klaus Hübner, Wirtschaftstreuhänder in Wien und seit insgesamt mehr als 16 Jahren Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder. Die Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KWT) ist die Dachorganisation für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in Österreich.

Sie haben anlässlich der Beschlussfassung der Steuerreform gemeint, ein Abbau der Bürokratie könnte ein ähnlicher Impulsgeber für Österreichs Unternehmen sein wie die Senkung der Steuertarife. An welche Maßnahmen haben Sie dabei konkret gedacht?

Klaus Hübner: Die Tarifreform, die mit Anfang Jänner in Kraft tritt, war notwendig und ist gelungen. Strukturreformen oder Maßnahmen für einen Bürokratieabbau wurden aber nicht umgesetzt. Ich hoffe daher, dass die Politik rasch auch über eine echte Strukturreform reden wird. Diese halte ich für unabdingbar, wir brauchen hierzulande dringend eine Vereinfachung im Steuerrecht. Unsere Liste an Vorschlägen reicht von der Zusammenfassung aller steuerlichen Änderungen in jeweils einem Jahresgesetz über eine Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger bis hin zur Zusammenfassung der Lohnabgaben zu einer Dienstgeberabgabe.

Der hohe Verwaltungsaufwand für Unternehmen im Bereich der Sozialversicherung und der Lohnsteuer steht

immer wieder in der Kritik. Welche Maßnahmen in diesem Bereich versprechen den größten Entlastungseffekt für Unternehmen?

Klaus Hübner: Eine große Entlastung wäre, wie gesagt, sicherlich die Zusammenlegung der drei Lohnnebenkosten Kommunalsteuer, Dienstgeberbeitrag und Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag zu einer Lohnsummensteuer, die vorzugsweise vom Betriebsstättenfinanzamt eingehoben wird. Diese Maßnahme würde nicht nur die Unternehmen von der Bürokratie entlasten, damit könnte auch die öffentliche Verwaltung massive Einsparungen im Bereich der Kommunalsteuerabteilungen der Gemeinden vornehmen. In der Praxis sind auch die vielen Fälle ein Problem, wo die Sozialversicherung von der Lohnsteuer abweicht. Das macht die Abrechnung für den Unternehmer und den Dienstnehmer intransparent und schwierig nachvollziehbar. Hier gibt jede Menge Vereinfachungspotenzial.

Lässt sich abschätzen, welches Entlastungspotenzial für Unternehmen durch Bürokratieabbau im Bereich Steuer und Sozialversicherung insgesamt möglich wäre?

Klaus Hübner: Der Wildwuchs im österreichischen Steuersystem lässt sich am Beispiel des Einkommensteuergesetzes verdeutlichen, das in 26 Jahren 140 Mal novelliert wurde. Derzeit gibt es für die Steuer-

pflichtigen über 260 Inkrafttretens- und Übergangsbestimmungen zu beachten. Zur Erläuterung benötigt die Finanzverwaltung bereits über 2.000 Seiten. Diese Vielzahl an kaum mehr administrierbaren Regelungen und Ausnahmetatbeständen führt zu Intransparenz und hohem bürokratischem Aufwand. Nach internationalen Studien braucht ein österreichisches Unternehmen im Durchschnitt 166 Stunden um seinen Steuerpflichten nachzukommen. Entsprechend groß ist das Entlastungspotenzial für Unternehmen.

Unternehmen klagen, dass die bürokratischen Doppelgleisigkeiten neben zusätzlichen Kosten auch zu Rechtsunsicherheit - durch unterschiedliche Ansichten der verschiedenen Behörde - führen. Können Sie dies bestätigen?

Klaus Hübner: Nehmen wir als aktuelles Beispiel die Registrierkassenpflicht. Der entsprechende Erlass wurde erst im November veröffentlicht, wobei viele Bestimmungen im Erlass teilweise über das Gesetz hinausgehen oder diesem widersprechen. Es fehlt den Unternehmen die nötige Rechtssicherheit bei einer derart kurzfristigen Einführung der Registrierkassenpflicht, weil noch viel Programmierarbeit und organisatorische Arbeit bevorsteht. Zu beklagen ist auch das terminliche Durcheinander. Ab 1. Jänner 2016 müssen Unternehmen mit einer elektronischen Registrierkasse ausgestattet sein und ab 1. Jänner 2017 müssen diese zusätzlich über eine technische Sicherheitseinrichtung gegen Manipulation verfügen. Und dann gibt es noch eine dritte Frist, nämlich die

nachträglich angekündigte Straffreiheit bis zum 30. Juni 2016, die übrigens im Erlass, aber nicht im Gesetz geregelt ist. Dieses Vorgehen finde ich rechtsstaatlich bedenklich.

Österreich ist in den letzten Jahren in internationalen Standortvergleichen deutlich zurückgefallen. Hat die Frage der Komplexität der Abgabensysteme und der bürokratischen Intensität eine wesentliche Bedeutung bei der Beurteilung von Standorten, etwa auch im Zuge von Investitionsentscheidungen?

Klaus Hübner: Die Aufzeichnungspflichten für die Unternehmer werden seit Jahren zunehmend verschärft und ausgeweitet. Mittlerweile muss ein Unternehmer schon fast einen eigenen Mitarbeiter anstellen, der nur damit beschäftigt ist, den gesamten bürokratischen Aufwand zu bewältigen. Mit dem Resultat, dass sich vor allem der kleine Unternehmer nicht mehr voll um sein Kerngeschäft kümmern kann. Und große, vor allem internationale, Unternehmen werden sich überlegen, ob sie sich in einem Land mit der vierthöchsten Abgabenquote Europas ansiedeln werden. Ein weiterer Standortnachteil sind die hohen Lohnnebenkosten. In Österreich müssen Unternehmen auf 100 Euro Bruttoverdienst 36 Euro Lohnnebenkosten zahlen, deutsche Unternehmen 28 Euro. Das ist ein direkter Standortnachteil, weshalb wir seit Jahren auch eine dringende Senkung der Lohnnebenkosten fordern. In Zeiten historischer Arbeitslosenraten wäre dies auch ein positives Signal für den heimischen Arbeitsmarkt.



Jürgen Mandl

„Verwaltungsirrsinn schuld am Investitionsstreik“

Interview mit Jürgen Mandl, MBA, Unternehmer aus Klagenfurt und Präsident der Wirtschaftskammer Kärnten. Die Wirtschaftskammer Kärnten setzt seit Jahren mit dem - laufend aktualisierten - „Schwarzbuch Bürokratie“ ein Zeichen gegen Überregulierung und Verwaltungsschikanen.

Das „Schwarzbuch Bürokratie“ hat weit über Kärnten hinaus Aufsehen erregt. Ist das Projekt mittlerweile abgeschlossen?

Jürgen Mandl: Keineswegs, wir sammeln mittlerweile für die dritte, aktualisierte Ausgabe. Die Beamten-schaft ist uns heute noch böse, weil wir es wagen, Kritik an den Staatsdienern zu üben. Dabei muss man klar feststellen, dass es selbstverständlich auch hervorragende Beispiele gibt: Etwa die Bezirkshauptmannschaft Hermagor, wo man Sachverständige koordiniert und Verfahren konzentriert. Das beschleunigt jeden Schritt für den Projektwerber und entlastet gleichzeitig die Behörde.

Wie geht es mit dem Kampf der Wirtschaft gegen Bürokratie weiter?

Jürgen Mandl: Ich stelle fest, dass sich mittlerweile unser Fokus ein wenig verändert hat. Denn vielfach sind es nicht die Beamten, die der Wirtschaft Kopferbrechen bereiten, sondern die Gesetze, die keiner mehr versteht, zum Teil nicht einmal mehr die Juristen selbst. So sehen die Rahmenbedingungen sicher nicht aus, unter denen die Wirtschaft aufblüht und das Problem der Arbeitslosigkeit lindern oder gar lösen kann.

Können Sie Beispiele für Gesetze nennen, die nicht mehr vernünftig administrierbar sind?

Jürgen Mandl: Selbstverständlich. Als ein Beispiel, von dem vor allem auch die Industrie massiv betroffen ist, kann ich das Gesetz zur Prüfung der Umweltverträglichkeit - das UVP-Gesetz - anführen. Dieses Gesetz bieten mittlerweile dermaßen ausufernde Einspruchsmöglichkeiten für Verhinderer, dass wir kein größeres Projekt mehr durchbringen - siehe die geplatze Umstellung der Energieversorgung bei Fundermax in St. Veit, den gestoppten Bau der Netzabstützung Villach oder die Farce rund um das Klagenfurter Stadion, das fertig ist, aber nicht bespielt werden darf - um ein paar aktuelle Beispiele aus Kärnten zu nennen. Oder denken Sie an den Arbeitnehmerschutz und das Arbeitszeitgesetz: Die beinhalten tausende Bestimmungen, die in Wahrheit jeden Industriebetrieb mit einem Fuß in Kriminal bringen. Aber anderen Branchen geht es nicht besser: Im Tourismus gibt es eine schier endlose Liste an kaum mehr umsetzbaren Vorschriften, das Altlastensanierungsgesetz ist aus Sicht der betroffenen Unternehmen praktisch nicht mehr rechtskonform zu vollziehen, die mit Jänner geforderte Barrierefreiheit ist oft baulich gar nicht machbar, das Lohn- und Sozialdumpinggesetz ist für die meisten Arbeitgeber völlig undurchschaubar, und die Umsetzungsregelungen

bei den Registrierkassen sind so unklar, dass sogar die Beamten daran verzweifeln. Aber wann immer man als Unternehmer etwas falsch macht, wird man drakonisch bestraft.

Wie reagieren Verwaltung und Politik auf Ihre Kritik?

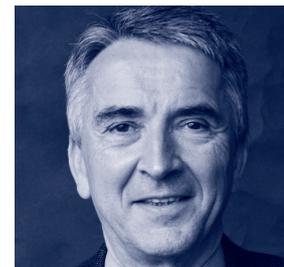
Jürgen Mandl: Die Beamten fühlen sich angegriffen, und das sollen sie ja bis zu einem gewissen Grad auch. Den öffentlich Bediensteten, aber auch der Bevölkerung im Allgemeinen, muss wieder klarer werden, dass der Job nicht von Arbeitsamt kommt und ihr Einkommen nicht von der Politik. Es sind die Betriebe und die Unternehmer, die das alles erwirtschaften und dabei noch wettbewerbsfähig bleiben müssen - diese Binsenweisheit muss wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein rücken. Nicht der Staat schafft die Arbeit, sondern wir Unternehmer - oder eben nicht, weil die Rahmenbedingungen nicht passen, wie man derzeit an der Arbeitslosenstatistik eindrucksvoll sieht. Die Politik ist zum Teil einsichtig, scheint aber ihren Beamten gegenüber hilflos zu sein. Man hat den Eindruck, dieses Land wird zunehmend von Beamten regiert.

Was kann getan werden, um den gegenwärtigen Wildwuchs an Bürokratie zu begrenzen?

Jürgen Mandl: Der Verwaltungsirrsinn und die Kostenbelastung sind die Hauptursachen für den momentanen Investitionsstreik der Wirtschaft. Ich stimme in den Chor der Mahner und Warner ein: Massive Deregulierung in der Verwaltung, Flexibilisierung des Faktors Arbeit, weitere Senkung der Lohnnebenkosten - sonst ist der Standort in Gefahr.

Das laufend aktualisierte Schwarzbuch Bürokratie kann im Internet unter <http://wko.at/ktn/buerokratiestopp> als e-paper gelesen werden.

Stefan Schleicher



Gut gemeint?

Gut gemeint bedeutet nicht immer auch gut geglückt. Diese Erfahrung wird immer öfter in der Wirtschaftspolitik sichtbar. Vor allem dort, wo es um Energie und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen geht.

Das erste Beispiel liefert das **EU Emissionshandelssystem für Treibhausgase**. Von der ursprünglichen Intention, dieses Instrument zum Kern der EU-Klimapolitik zu machen, ist die Wirklichkeit weit entfernt. Vorbild

Der bürokratische Aufwand für das EU Emissionshandelssystem ist enorm, die erhoffte Wirkung bleibt aus. Daher sind alle Anstrengungen zu unternehmen, dass das EU Emissionshandelssystem in den nächsten Monaten einer klärenden Entscheidung über dessen Zukunft ausgesetzt wird.

war das in den USA bereits etablierte Handelssystem für Schwefeldioxid. Nach zehn Jahren fällt die Bilanz für das Handelssystem der EU sehr negativ aus. Der bürokratische Aufwand für die mehr als 14.000 erfassten Anlagen ist enorm. Die erhoffte Wirkung, über einen wirksamen Preis für Emissionsrechte

Technologieimpulse zu setzen, bleibt aus. Der Grund dafür sind offensichtliche Fehler im Design dieses Instrumentes, denn es war ein fundamentaler Irrtum, ein für Schwefel-Emissionen durchaus geeignetes Instrument relativ unverändert auf Kohlenstoff-Emissionen anzuwenden.

Das zweite Beispiel liefert das nun in Umsetzung befindliche **Energieeffizienzgesetz (EEffG)** in Österreich. Auch dieses Instrument hat eine gute Intention, nämlich den Umgang mit Energie mit Innovationsanreizen zu versehen. Die zugrunde liegende Richtlinie der EU liegt aber gut zehn Jahre zurück und reflektiert ein aus heutiger Perspektive längst abgelaufenes Verständnis von Energieeffizienz. Die Umsetzung in österreichisches Recht wäre eine Möglichkeit gewesen, mit neuen Akzenten die enormen Chancen für einen Übergang zu einem innovativen Energiesystem zu unterstützen. Diese Chance wurde leider nicht wahr-

Das österreichische Energieeffizienzgesetz hat die möglichen Chancen leider nicht wahrgenommen, geblieben ist ein beachtlicher bürokratischer Aufwand. Die zum Energieeffizienzgesetz erlassene Verordnung erweckt den Eindruck, dass dessen Perspektivenlosigkeit auch vom Gesetzgeber bereits resignierend zur Kenntnis genommen wurde.

genommen. Geblieben ist ein beachtlicher bürokratischer Aufwand, sowohl bei den vom Gesetz betroffenen Unternehmungen als auch bei der Verwaltung dieses Gesetzes.

Sowohl das EU Emissionshandelssystem als auch das österreichische Energieeffizienzgesetz reflektieren **Defizite im**

politischen Entscheidungsprozess, die auch für viele andere Bereiche der Politik gelten. In der ersten Phase gibt es gute Intentionen, in der zweiten Phase überhastete Regulierungen, in der dritten Phase dann ernüchternde Erfahrungen, die jedoch nicht mehr zu den notwendigen Korrekturen führen.

Das EU Emissionshandelssystem wäre längst einer umfangreichen Reform auszusetzen oder einfach zu terminieren. Die Reformschritte sind offensichtlich: rund 85 Prozent der erfassten Anlagen sind für nicht mehr als 10 Prozent der Emissionen verantwortlich und passen einfach nicht in dieses Instrument; für jene Industrien, die dem Risiko eines Verlustes an internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch den Emissionshandel ausgesetzt sind, wären viel treffsichere Vergaben von freien Emissionsrechten erforderlich. Insgesamt wäre das EU ETS viel stärker mit unterstützenden Aktivitäten für Innovation zu versehen, wofür die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten herangezogen werden könnten.

Fast ausweglos erscheint die Perspektive für das österreichische Energieeffizienzgesetz. Die zu diesem Gesetz erlassene Verordnung erweckt den Eindruck, dass dies auch vom Gesetzgeber bereits resignierend zur Kenntnis genommen wurde. Es ist somit durchaus denkbar, dass auf den vielen Formularen die vom Gesetz geforderten Energieeinsparungen wohl mit dem Stempel der Bürokratie akzeptiert werden, die Energiestatistiken aber relativ wenig Wirkung zeigen.

Zwei **Empfehlungen** erscheinen angebracht. Erstens, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass das EU Emissionshandelssystem in den nächsten Monaten einer klärenden Entscheidung über dessen Zukunft ausgesetzt wird. Zweitens, im Rahmen des Energieeffizienzgesetzes über gut konstruierte Handelsplattformen die vielen Irrtümer und Widersprüche dieses Gesetzes wenigstens teilweise zu kompensieren.

Univ.-Prof. Dr. Stefan Schleicher ist Professor an der Universität Graz und Konsulent am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung.

Matthias Schmid



Automotiven Zulieferindustrie: Besorgniserregende Entwicklung der Standortfaktoren

Die Unternehmen der Automotiven Zulieferindustrie sind ein wesentlicher Bestandteil der heimischen Volkswirtschaft. Eine grundlegende Voraussetzung zum Erhalt der Leistungsfähigkeit und Impulskraft der Automotiven Industrie sind angemessene Rahmen- bzw. Standortbedingungen. Vor diesem Hintergrund führt das IWI regelmäßig ein speziell auf die Automotive Zulieferindustrie zugeschnittenes Monitoring der Entwicklung Österreichs im internationalen Standortwettbewerb durch. Die jüngsten Ergebnisse zeigen eine zunehmend besorgniserregende Entwicklung.

Die Automotiven Zulieferunternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung der heimischen Wirtschaft. Sie generieren nicht nur Wertschöpfung, sondern sichern Arbeitsplätze, entwickeln innovative Technologien und schaffen durch notwendige Vorleistungen wiederum Nachfrage in anderen Sektoren. Als Impulskraft ist die Automotive Zulieferindustrie in der österreichischen Industrielandschaft daher von grundlegender Bedeutung.

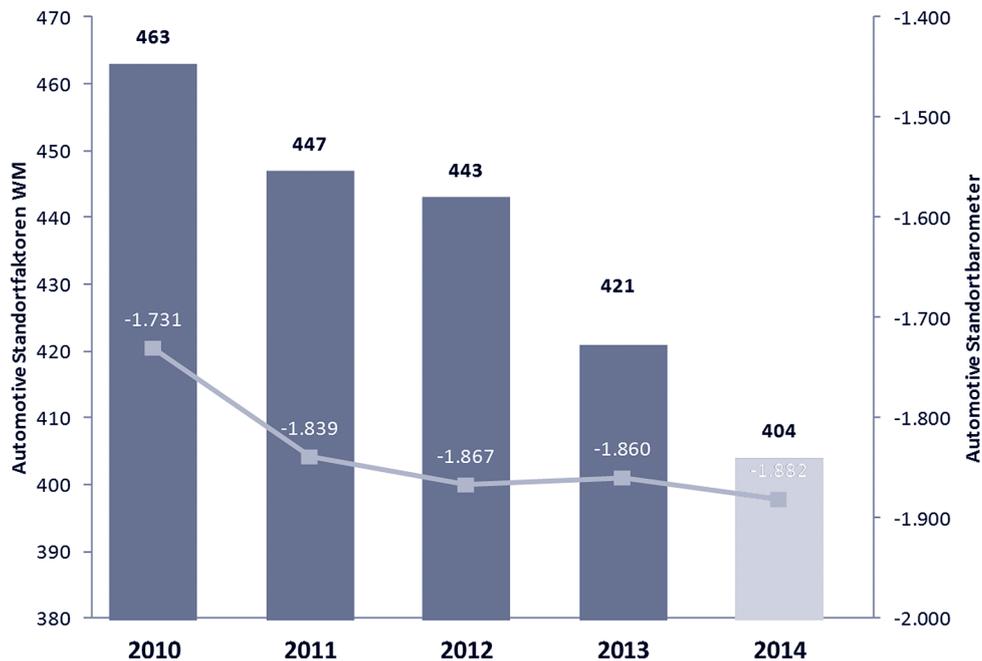
Durch volkswirtschaftliche Berechnungen können diese Charakteristika auch quantitativ belegt werden. Demzufolge löst ein Euro an Produktion eines Automotiven Industrieunternehmens in Summe 1,77 Euro an Produktionswert in Österreichs Wirtschaft aus, ein Euro an Wertschöpfung gesamtwirtschaftlich 2,22 Euro an Wertschöpfung und sichert ein Beschäftigungsverhältnis in einem Automotiven Industrieunternehmen österreichweit insgesamt 2,67 Beschäftigungsverhältnisse bzw. 2,48 Vollzeitäquivalente (Referenzjahr 2015 - Prognose¹). In Summe initiiert die Automotive Zulieferindustrie unter Berücksichtigung von direkten, indirekten und induzierten Effekten² rund 36,5 Milliarden Euro gemessen am Produktionswert beziehungsweise 13,6 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Rund 193.500 Beschäftigungsverhältnisse in Österreich sind auf die Automotiven Unternehmen rückrechenbar.

Die über die volkswirtschaftlichen Effekte ermittelbare Leistungsfähigkeit der Automotiven Industrie in Österreich steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den gegebenen Rahmen- bzw. Standortbedingungen. In jüngster Zeit fällt der Befund über die Entwicklung dieser Standortfaktoren - vor allem im internationalen Vergleich - jedoch äußerst besorgniserregend aus.

Die Mehrheit der internationalen Standortrankings attestiert Österreich auch im vergangenen Jahr einen Verlust an Standortattraktivität. Dazu zählen unter anderem das World Competitiveness Scoreboard des Schweizer Managementinstitut IMD (2015 Rang 26 im Vergleich von 61 Ländern, 2014 lag Österreich noch an 22. Stelle), der Global Competitiveness Index des World Economic Forum (Verlust von fünf Rängen) oder der Summary Innovation Index der Europäischen Kommission (Verlust von einem Rang). Ein negatives Fazit über die Entwicklung der Standortattraktivität Österreichs ziehen auch Meta-Analysen wie das Deloitte Radar des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens Deloitte oder der Monitoring Report Index der Wirtschaftskammer Österreich. Offensichtlich wird der Abstieg im Standortvergleich insbesondere im längerfristigen Vergleich: Gegenüber dem Vorkrisenjahr 2007 liegen derzeit alle verfügbaren Indizes - zum Teil weit - hinter dem damaligen Niveau.

Der schleichende Verlust an Standortattraktivität geht an Österreichs Automotivem Zuliefersektor nicht spurlos vorüber, wie die beiden vom IWI entwickelten Analysetools „Automotive Standortbarometer“ und „Automotive Standortfaktoren Weltmeisterschaft“ zeigen. Diese speziell auf die Automotive Industrie zugeschnittenen Monitoring-Instrumente belegen nach einem Update mit den rezenten Daten des Global Competitiveness Report 2014-2015 des World Economic Forum (WEF) und einer Neuberechnung auch im Jahr 2014 eine weitere Abnahme der Attraktivität des heimischen Wirtschaftsstandortes.

Dem Automotiven Standortbarometer zufolge vergrößert sich 2014 der Abstand Österreichs zu den Top-Nationen um 22 Prozentpunkte. Zum Vergleich: Gegenüber dem Ausgangsniveau von 2010 beträgt der Abstand inzwischen 151 Prozentpunkte. Während der Aufholbedarf Österreichs gegenüber den Top-Nationen in den jüngsten Jahren stark gewachsen ist, können Konkurrenzstandorte zur Spitze aufschließen und Österreich in der Folge im Ranking überholen. Dieses Faktum spiegelt sich auch in der Entwicklung der Automotiven Standortfaktoren WM wider: Von 2010 bis 2014 verliert Österreich insgesamt 59 Punkte, was gleichbedeutend mit einem Abstieg Österreichs im Ranking der Automotiven Standortfaktoren ist. In Bezug darauf zeichnet sich auch 2014 keine Trend-



Anm.: WM (Weltmeisterschaft) auf Basis von 30 Indikatoren und 26 Ländern. Niedrigste erreichte Punkteanzahl einer der 26 Vergleichsländer: 152 Pkt. Höchste erreichte Punkteanzahl: 705 Pkt. Theoretisch mögliche Minimal- und Maximalpunkteanzahl: 30 Pkt. bzw. 780 Pkt.

Quelle: IWI (2015) auf Basis der Global Competitiveness Reports 2011-2015 des World Economic Forum

wende ab - im Vergleich zum Vorjahr fällt Österreich weitere 17 Punkte zurück.

Modell-Mutationen in Form von Aggregats-Sonderauswertungen für die EU-Staaten des Ländersamples sowie für die **Referenzstandorte Schweiz, Deutschland und UK** zeigen auch auf europäischer Ebene einen weiteren Verlust an Standortattraktivität. Während die Referenzstandorte Deutschland und die Schweiz ihre guten Positionen halten konnten und sich das Vereinigte Königreich im Standortranking merklich verbessert, fällt Österreich im Betrachtungszeitraum kontinuierlich zurück.

In Anbetracht dieser Ergebnisse und im Hinblick auf den aktuellen Strukturwandel in der Branche (beispielsweise bedingt durch verändertes Konsumentenverhalten, dem gewachsenen Stellenwert der Logistik, der Entwicklung von alternativen Antriebssystemen), der alleine schon die volle Leistungsfähigkeit der Unternehmen der Automotiven Zulieferindustrie hinsichtlich veränderter Anforderungen etc. erfordert, **sind möglichst vorteilhafte Standortfaktoren beziehungsweise Rahmenbedingungen unabdingbar**. Die Rahmenbedingungen (bzw. die Standortfaktoren des Landes) müssen derart gestaltet werden, dass sie eine möglichst effiziente wie kostengünstige Produktion der

Automotiven Zulieferindustrie am Standort Österreich ermöglichen. Nur dann sind die österreichischen Unternehmen der Automotiven Zulieferindustrie auch in der Lage, sich gegen den internationalen Wettbewerb zu behaupten bzw. ihre Wettbewerbsposition auszubauen.

MMag. Matthias Schmidl, Bakk, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Industriewissenschaftlichen Instituts IWI.

- 1 In den Berechnungen der Prognose für das Jahr 2015 sind mögliche Effekte, die durch die aktuellen Vorkommnisse rund um die Abgasaffäre im Volkswagenkonzern entstehen können, noch nicht berücksichtigt.
- 2 Direkte Effekte sind unmittelbar durch die Unternehmen zu beobachtende/messende Effekte in der österreichischen Volkswirtschaft. Indirekte Effekte der Automotiven Zulieferindustrie in Österreich werden nachfrageseitig über die komplette Wertschöpfungskette des Vorleistungsverbundes ausgelöst, wohingegen sich induzierte Effekte über den durch die (direkt und indirekt) generierte Beschäftigung bzw. über den durch die generierten Investitionen in der österreichischen Volkswirtschaft ermöglichten Konsum ergeben.

Dominik E. Froehlich



Old and Out? Herausforderungen und Lösungen im demografischen Wandel

Der **demografische Wandel** stellt eine wesentliche Herausforderung für das Management des Humankapitals in Industrieunternehmen dar. Dieser Wandel, der insbesondere Europa trifft, wirft die Frage auf, wie sich Betriebe mit zunehmend älterer Belegschaft weiter an eine sich ständig verändernde Umwelt anpassen können - immerhin wird älteren Arbeitnehmern von Stereotypen oft die notwendige Anpassungsfähigkeit am Arbeitsplatz abgesprochen.

Im Auftrag einer niederländischen Vereinigung für Betriebe im Metall-Elektro-Bereich wurden die Zusammenhänge zwischen Alter und **Beschäftigungsfähigkeit** näher untersucht. Eine beschäftigungsfähige Belegschaft, die sowohl fachliches Know-how als auch die Kompetenz, Veränderungen vorherzusehen bzw. flexibel darauf zu reagieren, besitzt, ist notwendig, um Transformationen und Innovationen im Betrieb umsetzen zu können. Das ist zum Beispiel auch bei der derzeitigen Diskussion über die Umstrukturierung der Produktion im Rahmen der Industrie 4.0 ein wichtiges Thema. Basierend auf einer dreijährigen Studie in Österreich, Belgien und den Niederlanden, an der insgesamt mehr als 2.000 Mitarbeiter aus unterschiedlichen Sektoren teilnahmen, lassen sich zwei wichtige Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens konnten wir keinen direkten Zusammenhang zwischen Alter und Beschäftigungsfähigkeit unter den Teilnehmenden verzeichnen. Während das den Stereotypen am Arbeitsplatz widerspricht, haben wir aber sehr wohl indirekte Effekte gefunden. Ältere Mitarbeiter haben oft eine geringere **Motivation** Neues zu lernen, weil der Wert des Gelernten geringer geschätzt wird - immerhin ist der Zeitraum, in dem das Wissen

angewendet werden kann, desto kürzer, je näher das Pensionsantrittsalter. Wichtig ist aber zu erkennen, dass dies ein Problem der Motivation ist, nicht des Alters. In Betrieben, die ihren Mitarbeitern unabhängig vom Alter gute Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigten, existierte diese Problematik nicht.

Zweitens fanden wir heraus, dass, während mit zunehmendem Alter die Teilnahme an formellen **Lernaktivitäten** wie zum Beispiel Trainings oder Workshops nachließ, das Potenzial des informellen Lernens von Kollegen unberührt blieb. Unabhängig vom Alter der Mitarbeiter zeigte sich, dass der Austausch mit anderen Mitarbeitern ein ressourcenschonender und sehr effizienter Weg ist, die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Durch die genaue Analyse der betrieblichen Mitarbeiter-(Lern-)Netzwerke mit statistischen Methoden (Soziale Netzwerkanalyse) und durch das Anbieten einer Smartphone App, mit der Mitarbeiter selbständig individuelles Feedback über ihre Lernaktivitäten abrufen konnten, konnte zu einer beschäftigungsfähigeren Belegschaft beigetragen werden.

Der Ausbau des Humankapitals und der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter sind wichtig, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Während der Begriff Alter in einem wettbewerbsorientierten, sich ständig wandelndem betrieblichen Umfeld oft negativ konnotiert ist, zeigt unser Modell Ansatzpunkte für Lösungen.

Dr. Dominik E. Froehlich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Maastricht und am Industiewissenschaftlichen Institut (IWI) und Lektor an der FH Wien.

Philipp Brunner



MERCUR 2015 - Der Wiener Innovationspreis

Auszeichnungen - darunter auch Innovationspreise - stellen wichtige Anreizinstrumente in Wirtschaft und

Gesellschaft dar. Neben dem Staatspreis Innovation haben sich in den vergangenen Jahren vor allem auch die

als Vorstufe geltenden Bundesländerinnovationspreise zu einer wichtigen Plattform heimischer innovativer Unternehmen entwickelt.

Der MERCUR ist der Innovationspreis der Bundeshauptstadt und wird jährlich - heuer bereits zum 28. Mal - von der Wirtschaftskammer Wien vergeben. Sein Ziel ist es, das Innovationspotential der Wiener Unternehmen aufzuzeigen und zu fördern. Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) betreut den MERCUR seit mittlerweile fünf Jahren und übernimmt das Screening der eingereichten Projekte. Im Rahmen der Bewertung wird der gesamte Innovationsprozess von der Ideenfindung bis hin zur Vermarktung der Innovation betrachtet. Darüber hinaus werden auch relevante unternehmensbezogene Daten und Aktivitäten sowie die Auswirkungen der Innovation auf die Unternehmensumwelt berücksichtigt.

Der Preis wird in vier Kategorien vergeben, die sich an den Stärkefeldern der Wiener Wirtschaft orientieren. Heuer konnten sich folgende Projekte bzw. Unternehmen aus dem weit über 100 Einreicher großen Teilnehmerfeld durchsetzen:

Kategorie 1 - Kreativität u. Medien/Consulting:
„Erstes Wiener Konzertkeyboard mit Lichtsensorik“, FL Keys e.U.

Mit seinem Unternehmen FL Keys e.U. entwickelte Friedrich Lachnit, langjähriger Entwicklungsleiter der Abteilung Klavierelektronik bei Bösendorfer und ausgebildeter Klavier- und Tontechniker, eine völlig neuartige und patentierte lichtleiterbasierte Tastensensorik für High-End-Keyboards. Mit dem Projekt baut das Unternehmen in höchster Qualität und innovativer Art und Weise auf die Jahrhunderte alte Tradition des Wiener Instrumentenbaus auf.

Kategorie 2 - Life Sciences:

„b-cared“, caregency GmbH

Zusammen mit der FH Technikum Wien entwickelte das Wiener Startup caregency GmbH ein neues System der Notfall-Benachrichtigung, das vor allem älteren Menschen in Notsituationen schnell Hilfe verschafft. Im Gegensatz zu anderen Lösungen am Markt setzt b-cared auf ein mobiles System mit Smartphone und App und bietet eine zum Patent angemeldete, zeitgemäße und die Mobilität nicht einschränkende Alternative zum Hausnotruf sowie zu Notfall-Armbändern.

Kategorie 3 - Green Economy:

„PYROMARS + ZEMAP: Technologie zur Beseitigung von Nitraten in Abwässern bei der Herstellung von Edelstahl“, Andritz AG

Mit der PYROMARS- und ZEMAP-Technologie ist es der Andritz AG gelungen die Fluoride in der Abbeize und im Spülwasser zu nahezu 100 % zu regenerieren. Die Nitrate werden bis zu 80 % regeneriert, der Rest in Stickstoff umgewandelt. Weiters werden gelöste Metalle (Eisen, Nickel, Cobalt etc.) wiedergewonnen. Die in langjähriger Forschung entwickelten Technologien setzen neue Maßstäbe hinsichtlich des Umweltschutzes in der Edelstahlproduktion.

Kategorie 4 - IKT/Technik:

„Mikme - World's First Wireless Recording Microphone“, Mikme GmbH

Das Mikme Mikrofon überzeugt als erstes hochwertiges drahtloses Aufnahmemikrofon am Markt, welches sich mit interner Aufnahmefunktion und einer zum Patent angemeldeten Bluetooth® App-Anbindung mit Content Backend Service perfekt zur Veröffentlichung auf Social Media Kanälen eignet.

Mag. Philipp Brunner ist stv. Geschäftsführer und Bereichsleiter „Innovation & Netzwerke“ des Industriewissenschaftlichen Instituts IWI.



© presstext.at

Herwig W. Schneider

Kommentar zur Frankfurter Buchmesse 2015

Die Frankfurter Buchmesse (14. bis 18. Oktober 2015) steht für das traditionelle, aber deshalb nicht unmoderne „Buch“, und dies in all seinen Facetten.

Diese in wenigen Tagen von mehr als einer viertel Million Menschen besuchte Veranstaltung setzt in den letzten Jahren eine besondere Note in Hinblick auf

neue, unabhängige Wege des Publizierens ebenso wie bei der Nutzung aller Potenziale, die eine entwickelte Medienwirtschaft bietet.

Selbstverlage bzw. diverse Self-Publishing-Plattformen und die damit verbundenen rechtlichen Implikationen, die professionelle Herstellung von elektronischen Veröffentlichungen sowie die Nutzung neuer (sozialer) Medienkanäle stehen nicht nur der klassischen Literaturlandschaft, sondern auch und nicht zuletzt dem wissenschaftlichen Raum offen.

Heute ist es einfacher denn je, Wissen zu diffundieren. Mit geringen Mitteln lässt sich große Breitenwirkung und - im Optimum - der gewünschte Effekt erreichen. Allerdings gilt es hierfür ein Dickicht an Informationsüberangebot bzw. entsprechende Filter der jeweiligen Zielgruppen zu durchbrechen.

Die angewandte Wirtschaftsforschung hätte die Fähigkeit mit interessanten - nicht zwingend großmedienkonformen - Aussagen die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Das wäre sehr wichtig, denn immer mehr etabliert sich in modernen Gesellschaften eine Form von Alltagsökonomie, welche den Blick auf grundlegende volkswirtschaftliche Zusammenhänge verstellt und die Politik (wider besseres Wissen) zu Nullhandlungsstrategien veranlasst.

Ökonomen sind Aufklärer und müssen Mut zur Unabhängigkeit beweisen. Ein „Public Advisor“ sein zu dürfen ist keine Option, sondern ein klarer Auftrag.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industrie aktuell“.

Roman Dorfmayr



A VOYAGE THROUGH SCALES: The Earth System in Space and Time

Das vorliegende, im Lammerhuber Verlag erschienene Werk der Geo- und Erdwissenschaftlern Günter Blöschl, Hans Thybo und Hubert Savenije ist eine Odyssee an die Grenzen des Vorstellbaren und lässt uns Wissenschaft als wundervolle Reise durch Raum und Zeit entdecken. Der Fokus dieser Publikation liegt auf den vielfältigen Strukturen und Größenverhältnissen verschiedenster Elemente, von der Betrachtung der kleinsten Einheit - eines Atoms - bis zu den unendlichen Weiten des Universums. Auch die zeitliche Entwicklung, wie die Veränderung der Erdoberfläche über mehrere Millionen Jahre bis hin zu Blitzen innerhalb weniger Millisekunden, spielt eine wichtige Rolle. So wird beispielsweise aufgezeigt, dass Veränderungen nicht erst einer langen Zeitspanne bedürfen, sondern Umweltkatastrophen und Naturphänomene, die einen erheblichen Einfluss auf die Umwelt haben, oftmals binnen kürzester Zeit entstehen.

Durch das Buch wird komplexes Wissen in einfacher Form vermittelt und dazu beigetragen, neue Erkenntnisse über unseren Planeten und in der Umwelt stattfindende Prozesse zu sammeln und diese besser zu verstehen. Die Beschreibungen werden von aussage-

kräftigen Bildern unterstützt und sollen Wissenschaft für Jedermann begreifbar und zugänglich machen. Diese Publikation liefert einen wichtigen Beitrag für ein besseres Verständnis der Naturwissenschaften und weckt die Entdeckungsfreude der Leserinnen und Leser. Dadurch wird einem breiten Publikum ein leichter Einstieg in naturwissenschaftliche Materien gegeben, gleichzeitig aber auch zu einem respektvolleren Umgang mit unserer Umwelt angeregt.



Blöschl, Günter/Thybo, Hans/Savenije, Hubert
A VOYAGE THROUGH SCALES
The Earth System in Space and Time
2015, Edition Lammerhuber,
120 Seiten
ISBN 978-3-901753-84-8

Roman Dorfmayr, MSc, ist Bereichsleiter „Unternehmen & Statistik“ am Industriewissenschaftlichen Institut IWI.



© presstext.at

Herwig W. Schneider

Die internationale Konjunktorentwicklung

An der Jahreswende 2015/16 zeigen sich leichte Ansätze einer Stärkung des Wachstums in den entwickelten Industriestaaten bei gleichzeitig deutlich verschlechterter Aussichten für Entwicklungs- und Schwellenländer. Die weltwirtschaftliche Gesamtentwicklung verharrt daher auf einem bloß bescheidenen Wachstumspfad.

Mitte Dezember 2015 veröffentlichte das United Nations Department of Economic and Social Affairs - gemeinsam mit anderen UN-Teilorganisationen - im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte zur Wirtschaftslage den Report „World Economic Situation and Prospects 2016“. Die Essenz des Berichts lautet: Das Jahr 2015 hat sich deutlich schlechter entwickelt, als noch im Sommer 2015 zu erwarten war - und die Prognosen für die Folgejahre müssen auch zurückgenommen werden.

Ein komplexer Mix an Faktoren, zu denen insbesondere die sinkenden Rohstoffpreise und Kapitalabflüsse zählen, haben das Wirtschaftswachstum in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern gedämpft, beziehungsweise bereits bestehende Rezessionen vertieft. Das Wachstum dieser Länder befindet sich am niedrigsten Stand seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Besonders deutlich fallen die Prognose-revisionen für Südamerika, den Nahen Osten und die GUS-Nachfolgestaaten aus.

Deutlich geringer sind die Revisionen für die entwickelten Industrieländer, aber auch hier mussten für Japan und die USA Abstriche von den Erwartungen vorgenommen werden. In einem Umfeld der einstürzenden Prognosen hat sich Europa relativ gut gehalten, das erwartete Wachstum für die „alten“ EU-15-Länder musste nicht verändert werden, für die neuen EU-Mitgliedsländer konnte die Prognose sogar leicht angehoben werden.

Das Jahr 2015 hat sich deutlich schlechter entwickelt, als noch im Sommer 2015 zu erwarten war - und die Prognosen für die Folgejahre müssen auch zurückgenommen werden.

Insgesamt erwarten die Autoren des Berichts für 2015 ein Wachstum von 2,4 %, eine Korrektur um 0,4 Prozentpunkte gegenüber der Sommerprognose. Umgerechnet auf Kaufkraftparitäten

(die beispielsweise der Prognose des Währungsfonds zugrunde liegen) wird ein Wachstum im laufenden Jahr von 3,0 % erwartet. In den Folgejahren 2016 und 2017 soll sich das Wachstum auf 2,9 und 3,2 % (BIP zu Wechselkursen) bzw. auf 3,6 und 3,9 % (BIP zu Kaufkraftparitäten) beschleunigen. Die höhere Wachstumsrate bei der Berechnung zu Kaufkraftparitäten entsteht dadurch, dass das überdurchschnittliche Wachstum in verschiedenen Entwicklungs- und Schwellenländern (z.B. in China) aufgrund einer unterbewerteten Landeswährung bei der Berechnung zu Wechselkursen geringer gewichtet wird.

Die Jahre 2015 und 2016 könnten im Rückblick eine besondere wirtschaftshistorische Bedeutung erlangen: In diesen beiden Jahren sorgen nämlich die (wenigen) entwickelten Industrieländer erstmals nach langer Zeit wieder für etwa die Hälfte des globalen Wachstums; ein Viertel entfällt auf China und ein weiteres Viertel auf die übrigen Entwicklungsländer. Angesichts der Disparität in der Bevölkerungsentwicklung und dem wachsenden weltwirtschaftlichen Gewicht der Entwicklungsländer wird ein so hohes Gewicht der „alten“ Industrieländer am globalen Wachstum voraussichtlich nicht wieder zu beobachten sein.

Sinkende Rohstoffpreise als Schlüsselfaktor

Ein zentraler Schlüssel zum Verständnis der jüngsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen ist der Blick auf die Rohstoffpreise. Diese sind seit Mitte 2014 rückläufig, und zwar auf breiter Front. Besonders spektakulär und in der Öffentlichkeit und den Medien viel beachtet ist die Ölpreisentwicklung, aber auch viele andere Rohstoffpreise sind zurückgegangen. Dies nützt den Importeuren von Rohstoffen (allen voran Europa, das besonders rohstoffarm ist) und schadet den Rohstoffexporteuren. Viele Entwicklungsländer haben eine wenig diversifizierte Wirtschaftsstruktur und sind in ihrer Exporttätigkeit stark von Rohstoffen abhängig und zählen so zu den Verlierern sinkender Rohstoffpreise. Dies ist der zentrale Faktor, warum sich die entwickelten Industrieländer in Richtung der höchsten Wachstumsraten seit der Wirtschaftskrise bewegen, wogegen die Entwicklungsländer sogar in die Nähe der Tiefpunkte des Jahres 2009 abrutschen. Zudem sorgen die bestehenden (politischen) Unsicherheiten und die Erwartung steigender Zinsen

in den USA für eine Verlagerung von Kapital aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer (insbesondere in den Dollar).

Stark verringert hat sich im Laufe des heurigen Jahres der Zuwachs des internationalen Handelsvolumens. Das ist Abbild der in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern stockenden Konjunktur und eine Folge der niedrigeren Rohstoffpreise.

Stark verringert hat sich im Laufe des heurigen Jahres der Zuwachs des internationalen **Handelsvolumens**. Der UN-Bericht hat die Wachstumsprognose von 3,8 auf 2,7 % zurechtgestutzt und damit fortgeschrieben, was der Internationale Währungsfonds bereits

in seiner Herbstprognose (Korrektur von 4,1 auf 3,2 %) vorgezeichnet hat. Die differenzierte Darstellung des Währungsfonds („World Economic Outlook“, Oktober 2015) zeigt dabei deutlich, dass der zentrale Faktor des verringerten Handelsvolumens in den deutlich verminderten Importen der Entwicklungs- und Schwellenländer zu suchen ist. Das ist Abbild der dort sto-

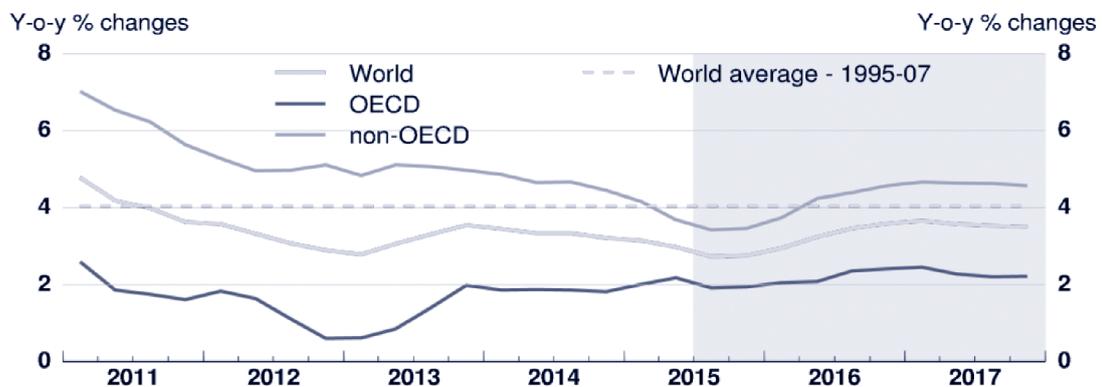
ckenden Konjunktur und eine Folge der niedrigeren Rohstoffpreise. Für die Industrieländer bedeutet dies wiederum eine Schwächung der exportorientierten Bereiche, somit hauptsächlich der Industrie.

OECD: Konjunktur in lang- und kurzfristiger Sicht

Die OECD hat zuletzt Anfang November 2015 eine Prognose veröffentlicht, die die Abschwächung der globalen Konjunktur im Verlauf des Jahres schon berücksichtigt hat: Diese Prognose ist geringfügig vorsichtiger als die UN-Prognose und rechnet für heuer mit einem realen Wachstum (Kaufkraftparitäten) von 2,9 %, sowie mit einer Beschleunigung auf 3,3 % (2016) und 3,6 % (2017). Die OECD hebt insbesondere die Bedeutung der Verlangsamung des Welthandels hervor, nennt den Rückgang der Zahlen „dramatisch“ und sieht darin die möglichen Anzeichen einer stärkeren Rezession.

In einer interessanten Übersicht [vergleicht die OECD die weltwirtschaftlichen Wachstumszahlen nach der Krise mit jenen der Jahre 1995 bis 2007](#) (siehe

Globales Wirtschaftswachstum auf bescheidenen Pfaden



Das globale Wirtschaftswachstum (gemessen am weltweiten Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparitäten) hat sich nach dem Krisenjahr 2009 rasch erholt, bleibt aber seit dem Jahr 2011 hinter dem Durchschnittswert der Jahre 1995-2007 zurück. War dafür zuerst das besonders schwache Wachstum in den Industrieländern (OECD-Raum) verantwortlich, haben sich nun die Rollen verändert: Die Wachstumskurve in den Industrieländern steigt, hingegen lässt das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern nach. Quelle: OECD November 2015 Economic Outlook database

Grafik); aus diesem Vergleich wird deutlich, dass - einschließlich des Prognosezeitraums - gegenwärtig sieben weltwirtschaftlich magere Jahre bestehen, selbst wenn man den unmittelbaren Tiefpunkt der Krise (2009) gar nicht mitrechnet. Das reale Wachstum liegt rund einen halben bis einen ganzen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau, was dem Verlust eines Fünftels der globalen Wachstumsdynamik entspricht.

Das Gegenteil zu dieser langfristigen Betrachtung von Wachstumspfaden ist der Blick auf die von der OECD publizierten **Composite Leading Indicators**, die kurzfristige Veränderungen anzeigen sollen. Die zuletzt veröffentlichten Indikatoren (publiziert Mitte Dezember 2015) zeigen für die OECD-Länder eine insgesamt stabile Entwicklung, allenfalls für die USA und Großbritannien eine gewisse Abschwächung (von allerdings hohen Niveaus ausgehend). Bei den Entwicklungs- und Schwellenländern ist die Situation umgekehrt: Die Mehrzahl zeigt Schwächen und/oder weist Indikatoren auf niedrigem Niveau auf, eine nennenswerte, positive Ausnahme ist Indien.

Wirtschaftslage Europas

Europa hat in den vergangenen Monaten von zwei gewaltigen Konjunkturprogrammen profitiert, der Verringerung des Ölpreises (eine Verringerung, die stärker als erwartet ausgefallen ist) und einer spürbaren Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Verringerung, die stärker als erwartet ausgefallen ist) und einer spürbaren Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar.

Für das **laufende Jahr** sehen die Wirtschaftsprognosen einen Anstieg der Wirtschaftsleistung im Euroraum um real 1,5 bis 1,6 %. Dies ist eine markante Steigerung gegenüber den Vorjahren, denn im Jahr 2013 war die Wirtschaftsleistung noch (geringfügig) geschrumpft und im Vorjahr blieb die Wachstumsrate bei unter einem Prozent. Die Prognosen für **2016** haben sich zuletzt verbessert: Ist der Währungsfonds im Oktober noch von einem BIP-Wachstum im Euroraum im kommenden Jahr von 1,6 % ausgegangen, haben die EU-Kommission und die OECD im November die Wachstum-

Der Euroraum konnte in den letzten Monaten die erwartete **Verbesserung der Konjunkturlage** tatsächlich erreichen, als nahezu einzige Wirtschaftsregion der Welt. Dabei hat Europa von zwei gewaltigen Konjunkturprogrammen profitiert, der Verringerung des Ölpreises (eine

prognose bereits auf 1,8 % gesetzt. Die UN-Prognose Mitte Dezember ist dann noch einen Zehntelpunkt auf 1,9 % hinaufgegangen. Prognosen für 2017 sehen eine weitere, leichte Festigung des Wachstums.

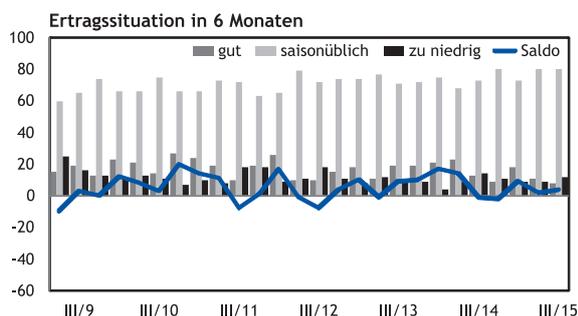
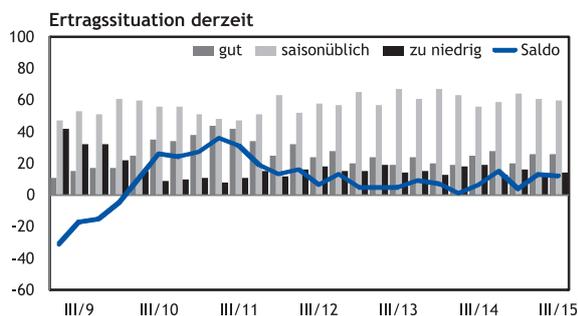
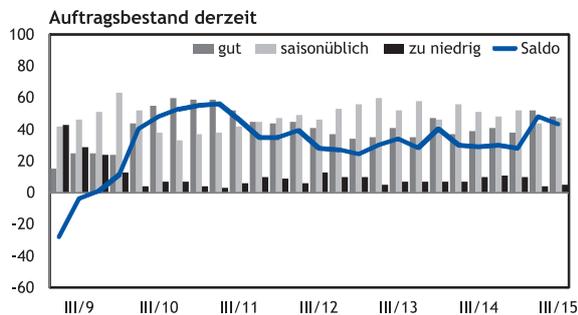
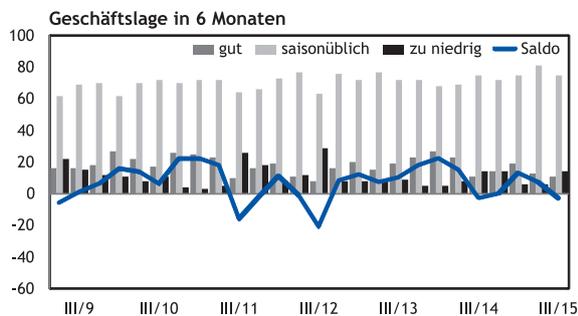
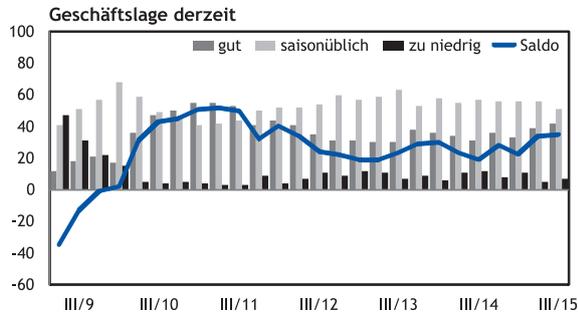
Die **EU-Länder außerhalb des Euroraums** zeigen überwiegend eine positive Entwicklung: Großbritannien liegt auf einem robusten Wachstumskurs mit jährlichen Zuwachsraten jenseits der zwei Prozent, in den neuen EU-Mitgliedsstaaten im Mittel-, Ost- und Südosteuropa liegen die Wachstumsraten im Durchschnitt jenseits von drei Prozent. Übereinstimmende Schätzungen gehen für die kommenden Jahre 2016 und 2017 von einem anhaltenden Wachstum von real rund drei Prozent aus, wobei nur Kroatien nennenswert unter diesem Wert bleiben dürfte (wobei auch dort das Wachstum am Breite und Tiefe gewonnen hat).

Weiterhin überraschend ist der Umstand, dass die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer von der wirtschaftlichen und politischen **Krise um die Ukraine und Russland** nur wenig betroffen sind. In den letzten 25 Jahren haben sich die Handelsströme der ehemaligen COMECON-Länder offenbar so weitgehend nach Westen verlagert und die Länder in die EU integriert, dass die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in den GUS-Nachfolgestaaten im Jahr 2015 und die prognostizierte Stagnation im kommenden Jahr 2016 keine nennenswerten Auswirkungen zeigt.

Unter allen 28 EU-Mitgliedsstaaten gibt es - laut EU-Herbstprognose - nur noch vier, die im laufenden Jahr eine **Wachstumsrate von weniger als einem Prozent** erreichen dürften: Griechenland (-1,4%), Finnland (+0,3%), Österreich (+0,6 %) und Italien (+0,9%). Griechen-

land ist und bleibt ein europäischer Wirtschaftspatient, Italien kommt bei seinen Reformbemühungen nur langsam von der Stelle. Bei Österreich und Finnland kann man relativ ähnliche Erklärungen finden: Hohe Arbeitskosten, hohe Steuern und Abgaben, ein schmerzhafter Strukturwandel in dominierenden Wirtschaftsbereichen, eine überdurchschnittliche Betroffenheit von den Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland und der russischen Wirtschaftskrise. Und eine wenig reformorientierte Wirtschaftspolitik. Besonders markant ist zudem in Österreich der anhaltende Investitionsattentismus der Wirtschaft.

Unter allen 28 EU-Mitgliedsstaaten gibt es - laut EU-Herbstprognose - nur noch vier, die im laufenden Jahr eine Wachstumsrate von weniger als einem Prozent erreichen dürften: Griechenland, Finnland, Österreich und Italien.



Europäische Konjunkturumfragen

Der EU „Business and Consumer Survey“ zeigt eine stabil positive Entwicklung der Stimmungslage. Damit bestätigt er die positive wirtschaftliche Einschätzung der Entwicklung innerhalb und außerhalb des Euroraumes.

Vor mittlerweile zwei Jahren ist der Stimmungskindikator in den positiven Bereich gewandert, und konnte sich - trotz Rückschlägen gegen Ende 2014 - in diesem behaupten. Die aktuellen Werte signalisieren noch keinen starken Aufschwung, aber sie zeigen doch eine klar vorherrschend positive Stimmungslage.

Vor mittlerweile zwei Jahren ist der Stimmungskindikator in den positiven Bereich gewandert, und konnte sich - trotz Rückschlägen gegen Ende 2014 - in diesem behaupten. Seit einem Jahr hat sich der Stimmungskindikator sowohl für den Euroraum als auch für die EU insgesamt immer stärker in den positiven Bereich „vorgewagt“ und hält im November bei 106,1 (Euroraum) bzw. 107,6 (EU). Diese Werte signalisieren noch keinen starken Aufschwung, aber sie zeigen doch eine **klar vorherrschend positive Stimmungslage**.

Bemerkenswert ist, dass die positive Stimmungslage eine große Breite erreicht hat und **alle Teilindikatoren des Stimmungsbarmeters** umfasst. Im November 2015 ist der letzte Teilindikator, der noch im unterdurchschnittlichen Bereich verharrt war, auch in den positiven Bereich gewechselt: Die Stimmung in der Bauwirtschaft. Da die Auftragsbücher der Bauwirtschaft eine leicht unterdurchschnittliche Auftragslage signalisieren, liegt dieser Stimmungskindikator derzeit allerdings nur äußerst knapp über dem langjährigen Durchschnittswert.

Besonders gut - sogar nahe der historischen Maximalwerte - ist die Stimmung im Einzelhandel, was mit einer ebenfalls stabil guten Einschätzung der Lage durch die europäischen Konsumenten korrespondiert. Bei den Konsumenten hat die relativ positive Einschätzung der eigenen finanziellen Lage nun auch übergriffen auf eine insgesamt positive Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Der Dienstleistungsbereich war bis weit in das Jahr 2015 hinein von einer zurückhaltenden Stimmung geprägt, erst ein steiler Anstieg der künftig erwarteten Nachfrage hat den entsprechenden Stimmungskindikator in den positiven Bereich bewegt.

Seit rund zwei Jahren bewegt sich der Stimmungsindikator der europäischen Industrie im positiven Bereich, zeigt aber seither nur eine Seitwärtsbewegung parallel zum langjährigen Durchschnittswert. Keiner der Teilindikatoren zeigt eine massive Bewegung, allenfalls lässt sich aus den Daten ein kleiner Abbau unerwünschter Fertigwarenlager und eine Verbesserung der Verkaufspreise herauslesen, wobei diesen positiven Entwicklungen als negatives Gegenstück eine leichte, aber

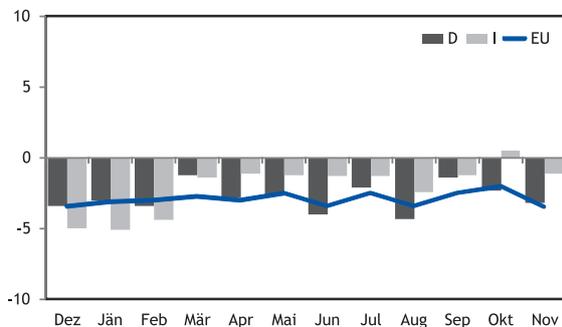
kontinuierliche Abnahme der Exportaufträge gegenübersteht.

Seit rund zwei Jahren bewegt sich der Stimmungsindikator der europäischen Industrie im positiven Bereich, zeigt aber seither nur eine Seitwärtsbewegung parallel zum langjährigen Durchschnittswert.

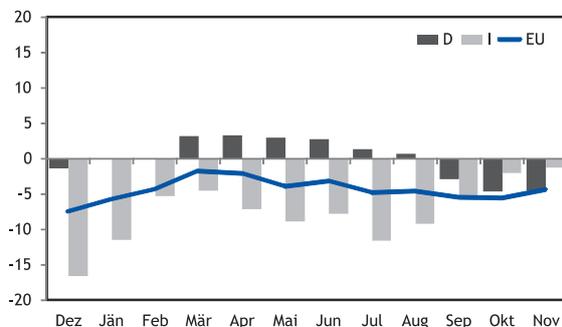
Die regionale Betrachtung zeigt insgesamt sieben Länder mit einem unterdurchschnittlichen Wert, insbesondere Griechenland sowie (nahe dem langjährigen Durchschnitt) Luxemburg, die Slowakei, Finnland, Österreich, Estland und Polen. Während in Griechenland alle Teilkomponenten des Stimmungsindikators im negativen Bereich liegen, liegt beispielsweise in Finnland die Einschätzung der Industrie deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt und in Österreich das Konsumentenvertrauen. Zu den bemerkenswerten Ergebnissen der Befragung zählt die außerordentlich positive Einschätzung der Wirtschaftslage in Italien (obwohl Wachstumsnachzügler in Europa) sowie in Spanien (obwohl dort die Folgen der Wirtschaftskrise in der Arbeitslosenstatistik noch deutlich spürbar sind).

Internationale Konjunkturentwicklung¹

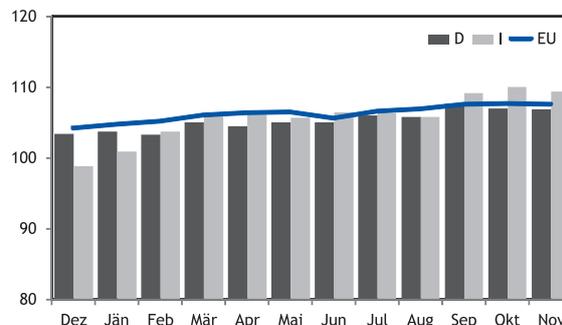
Indikator des Vertrauens in die Industrie²



Indikator des Verbrauchervertrauens



Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



1 Ergebnisse der Umfrage der Europäischen Kommission in der verarbeitenden Industrie. Die Werte geben die Antwortsalden (Differenz zwischen dem jeweiligen Prozentsatz der positiven und negativen Antworten) wieder.
2 Der Indikator ist das Mittel der Antwortsalden auf die Fragen über Produktionsaussichten, Auftragsbestände und Fertigwarenlager.

Sieht man von Griechenland ab, ist in keinem EU-Mitgliedsland die Stimmung der Bevölkerung so schlecht wie in Österreich. Betrachtet man die Einzelergebnisse der Befragung, dann ist die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage in Österreich relativ gut, jene der allgemeinen Lage aber katastrophal schlecht. Solche Ergebnisse sind ein deutliches Zeichen dafür, dass politisches Taktieren und Verzögern notwendiger Reformen die Stimmung der Bevölkerung massiv trübt und damit weder eine politische noch eine ökonomische Dividende abwirft.

Das jüngste IV-Konjunkturbarometer¹ aus dem Oktober 2015 zeigt eine skeptischere Grundhaltung der Industrieunternehmen. Insbesondere verschlechtert haben sich die mittelfristigen Aussichten der Unternehmen, wogegen der aktuelle Geschäftsgang weitgehend unverändert eingeschätzt wird. Auch die Ertragsentwicklung wird auf mittlere Frist als weniger befriedigend eingeschätzt, daraus ergibt sich ein brisantes Gemisch: In Erwartung einer schwachen Nachfrage und geringerer Erträge werden Unternehmen nicht über substantielle Investitionen nachdenken, und die lange Phase der Investitionszurückhaltung in Österreich könnte sich fortsetzen.

1 An der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung haben sich insgesamt 412 Unternehmen mit rund 261.700 Beschäftigten beteiligt.

DDr. Herwig W. Schneider ist Geschäftsführer des IWI und Mitherausgeber von „industriell aktuell“.

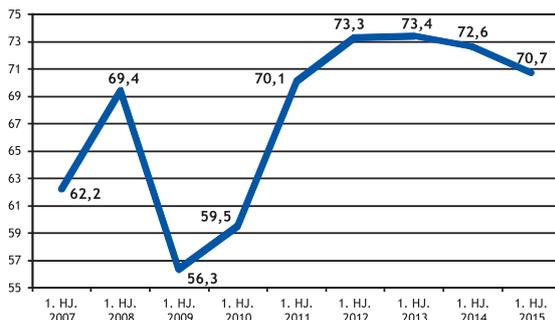
Michael Renelt



Industriekonjunktur: Produktions- und Auftragsrückgang bewirken Beschäftigtenabbau

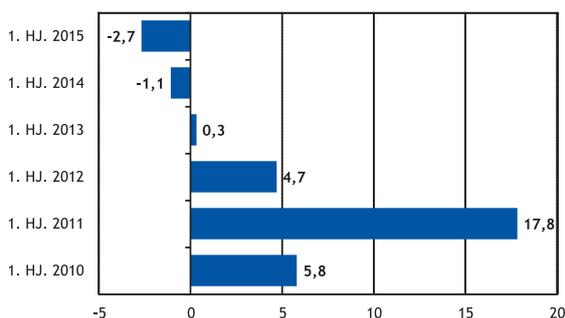
Österreichs Industrie erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2015 einen Produktionswert von insgesamt 70,7 Milliarden Euro (Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich; Sonderauswertung nach der Kammersystematik, endgültige Daten bis inklusive 2014 sowie vorläufige Ergebnisse für 2015).

Österreichs Industrie
Abgesetzte Produktion
Im 1. Halbjahr, nominell, in Milliarden Euro



Im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres reduzierte sich das Produktionsvolumen der heimischen Industrie um knapp zwei Milliarden Euro bzw. um nominell 2,7 %. Nach dem Rückgang im ersten Halbjahr 2014 war somit die Industrieproduktion neuerlich rückläufig. Real - um den Harmonisierten Verbraucherpreisindex bereinigt - ergibt sich für den Zeitraum Jänner bis Juni 2015 ein Produktionsrückgang um 3,5 %.

Österreichs Industrie
Wert der abgesetzten Produktion
Nominelle Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



Im Juli 2015 setzte sich der Trend weiter fort; der Industrieproduktionswert lag um 0,1 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

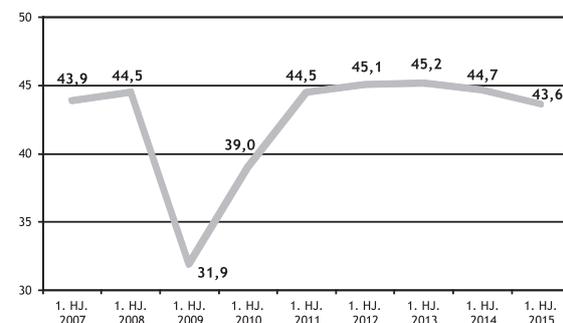
Innerhalb der Industrie wiesen sechs Branchen - nämlich NE-Metall, Gießereiindustrie, Holz, Elektro/Elektronik, Textil/Bekleidung/Schuh/Leder sowie Papier - in den ersten sechs Monaten 2015 nominelle Produktionssteigerungen gegenüber den endgültigen Ergebnissen des Vorjahreszeitraums aus während die restlichen elf Branchen ihr Vorjahresniveau nicht erreichen konnten.

Der Produktionsindex der heimischen Industrie ging im Zeitraum Jänner bis Juni 2015 um 2,2 % zurück. Im ersten Quartal betrug das Minus 1,4 %, im zweiten Viertel erhöhte sich der Rückgang auf -2,9 %.

Auftragseingänge der Industriebetriebe

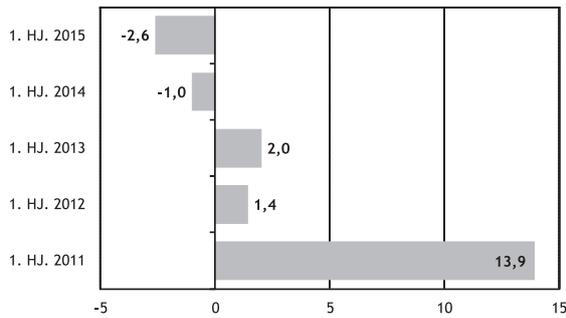
Die um die Storni bereinigten Auftragseingänge der Industriebetriebe wiesen in den ersten sechs Monaten 2015 mit 43,55 Milliarden Euro einen nominellen Rückgang um 2,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum aus, wobei die inländischen um 6,7 % auf 11,3 Milliarden Euro sowie die ausländischen um 1,1 % auf 32,2 Milliarden Euro zurückgingen.

Österreichs Industrie
Bereinigte Auftragseingänge
Im 1. Halbjahr, nominell in Milliarden Euro

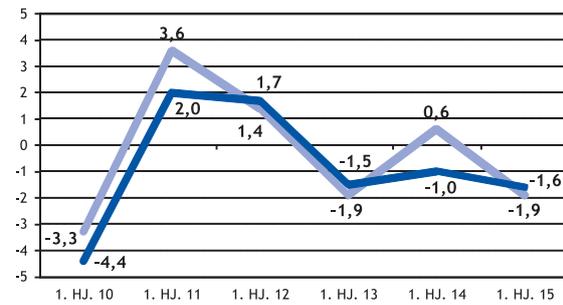


Nominell lag das Volumen der Industrie-Auftragseingänge im Berichtszeitraum leicht unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2007.

Österreichs Industrie
Bereinigte Auftragseingänge
Insgesamt, Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



Österreichs Industrie
Beschäftigte: **Eigenpersonal** sowie **Gesamtpersonal**
Veränderung zur Vorjahresperiode in %



Im Juli 2015 setzte sich, ähnlich wie beim Industrie-Produktionswert, auch bei den Industrie-Auftragseingängen die rückläufige Tendenz mit einem Minus von 3,2 % weiter fort.

Die Industriebeschäftigten

Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2015 waren in den heimischen Industriebetrieben insgesamt 393.005 Personen beschäftigt. Im Vorjahresvergleich reduzierte sich die Anzahl des Eigenpersonals um 1,6 %. Die Anzahl der Arbeiter sank um 1,8 % auf 217.915 sowie jene der Industrieangestellten um 1,2 % auf 161.437.

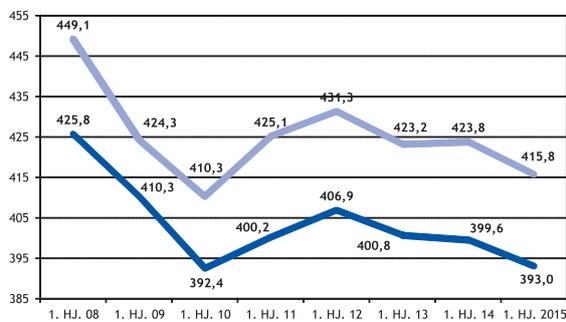
Das in den Industriebetrieben eingesetzte Fremdpersonal ging im Durchschnitt des Zeitraums Jänner bis Juni 2015 um 5,9 % zurück.

Auch im Monat Juli 2015 reduzierte sich die Anzahl des Eigenpersonals in der Industrie um 2,3 %.

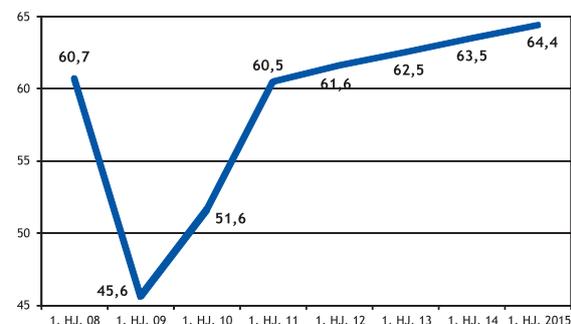
Österreichs Ausfuhren im ersten Halbjahr 2015

Österreichs Ausfuhren, von denen rund Dreiviertel von der heimischen Industrie stammen, erreichten im ersten Halbjahr 2015 ein Volumen von insgesamt 64,37 Milliarden Euro. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies ein Plus von nominell 1,4 %.

Österreichs Industrie
Beschäftigte: **Eigenpersonal** sowie **Gesamtpersonal**
Anzahl absolut, in 1.000



Österreichs Industrie
Exporte
Halbjahr, nominell, in Milliarden Euro



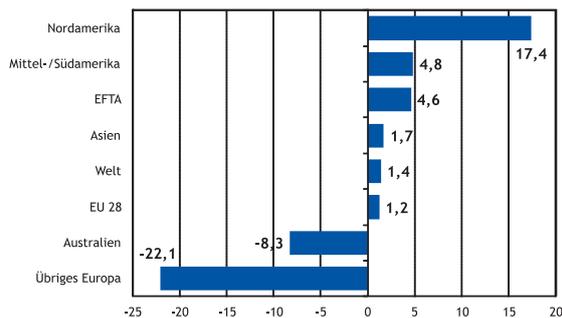
Zählt man zum Eigenpersonal der heimischen Industrie das Fremdpersonal hinzu, so wies der Gesamtbeschäftigtenstand im Durchschnitt der ersten sechs Monate 2015 insgesamt 415.797 Arbeitnehmer aus (- 1,9 % gegenüber dem Zeitraum 1-6/2014).

Im ersten Quartal 2015 stiegen die heimischen Exporte um 1,1 % an. Im Zeitraum April bis Juni 2015 erhöhte sich das Exportplus weltweit auf 2,4 %.

Die Lieferungen in den Europäischen Binnenmarkt, in den fast 70 % der gesamten heimischen Ausfuhren gehen, vergrößerten sich im ersten Halbjahr 2015 um 1,2 % auf 44,5 Milliarden Euro. In die EFTA (Exportanteil von 6,2 %) konnte eine Ausfuhrsteigerung um 4,6 % auf fast vier Milliarden Euro erzielt werden. In das Übrige Europa hingegen (5 % der Gesamtexporte) gingen die Warenlieferungen um über 22 % bzw. um rund 700 Millionen Euro zurück. Hauptverantwortlich dafür waren die um mehr als 37 % zurückgegangenen Warenexport in die Russische Föderation sowie der um 50 % eingebrochene Export in die Ukraine.

Österreichs Industrie
Exporte im 1. Halbjahr 2015

Nach Wirtschaftsböcken, nominelle Veränderung zum Vorjahreshalbjahr in %



In Richtung Übersee stiegen die heimischen Ausfuhren nach Asien um 1,7 % auf über sechs Milliarden Euro (bei einem Exportanteil Asiens von 9,4 %). Die heimischen Warenausfuhren nach Japan stagnierten (+ 0,2 %), während sie in die VR China um 3,3 % bzw. in die ASEAN-Länder um 4,5 % zurückgingen. Wesentlich erfreulicher verliefen die Exporte Österreichs nach Amerika, die um 15 % auf ebenfalls über sechs Milliarden Euro ausgeweitet werden konnten. Während die österreichischen Exporte nach Nordamerika eine Steigerung um 17,4 % erzielten, stiegen sie im ersten Halbjahr 2015 nach Mittel- und Südamerika um 5 % an.

Der Exportrückgang nach Australien/Ozeanien um 39 Millionen Euro konnte im Betrachtungszeitraum durch ein Plus um 23 Millionen Euro nach Afrika größtenteils wieder ausgeglichen werden.

Die mit großem Abstand bedeutendste Produktgruppe der heimischen Exporte im Zeitraum Jänner bis Juni 2015 war „Maschinen und Apparate“, Kapitel 84 des Zolltarifs (Kombinierte Nomenklatur KN). Mit einem Wert von 11,7 Milliarden Euro umfassten sie rund

18 % der Gesamtexporte. Ihr Exportvolumen stieg gegenüber dem Vorjahreshalbjahr nur leicht um 0,3 %. Dahinter folgten mit einem Anteil von je rund zehn Prozent die Produktgruppen „Elektrische Maschinen und Apparate“ mit 6,6 Milliarden Euro (+ 5,0 %) sowie „Kraftfahrzeuge“ mit 6,3 Milliarden Euro (+ 2,7 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2014).

Konjunktüreinschätzungen der Fachverbände über das zweite Halbjahr 2015

Die für das zweite Halbjahr 2015 von der Bundessparte Industrie durchgeführten Konjunktüreinschätzungen der 15 Industriefachverbände betreffend die Merkmale „Produktion“, „Auftragseingänge“ sowie „Beschäftigte“ ergeben folgendes Ergebnis:

Bei der Produktion zeigt der Saldo der erfassten Fachverbandseinschätzungen „steigend“ minus „fallend“ mit „- 3“ für das zweite Halbjahr 2015 eine Fortsetzung der eindeutig pessimistischen Erwartungshaltung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei ein Fachverband eine Steigerung (Gießereiindustrie), jedoch vier Branchen (Bergwerke/Stahl, Maschinen & Metallwaren, Fahrzeuge sowie Textil/Bekleidung/Schuh/Leder) einen Produktionsrückgang erwarten. In der Betrachtung des Verlaufs innerhalb des heurigen Jahres, also im Vergleich des zweiten Halbjahres 2015 gegenüber dem ersten Halbjahr, signalisieren drei Fachverbände eine Verschlechterung (Fahrzeuge, NE-Metall und Textil/Bekleidung/Schuh/Leder), ein Fachverband eine konjunkturelle Verbesserung (Elektro/Elektronik) und die restlichen Fachverbände eine gleichbleibende Entwicklung (Saldo zeigt „- 2“).

Bei der Einschätzung der Auftragseingänge für das zweite Halbjahr 2015 erwarten zwei Drittel der Fachverbände eine gleichbleibende, zwei Fachverbände (Elektro/Elektronik sowie Gießereiindustrie) eine zunehmende und drei Fachverbände eine abnehmende Entwicklung. Der Saldo der Auftragseingangseinschätzung beträgt „-1“. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 ergibt sich in der Einschätzung der Fachverbände ebenfalls „- 1“.

Der Saldo der Beschäftigten beträgt im Berichtszeitraum sowohl zum Vorjahresvergleich als auch im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 jeweils „- 3“, wobei kein einziger Industrie-Fachverband einen Beschäftigtenzuwachs erwartet.

Mag. Michael Renelt ist Mitarbeiter der Bundessparte Industrie

Branchenübersicht

2. Quartal 2015	Abgesetzte Produktion			Beschäftigte			Auftragslage
	% VQ	% VJQ	E 2 HJ	% VQ	% VJQ	E 2 HJ	E 2 HJ
Bergwerke und Stahl	-0,2	-2,4	→	0,3	2,0	→	→
Stein- und keramische Industrie	54,3	1,9	↘	4,4	-0,4	→	→
Glasindustrie	5,9	-5,5	→	-0,4	-4,4	↘	→
Chemische Industrie	2,6	-1,6	→	1,0	0,0	→	→
Papierindustrie	-2,0	3,4	→	0,5	0,6	→	→
PROPAK	0,3	0,1	→	-0,7	-0,8	→	→
Bauindustrie	72,2	-7,5	→	25,0	-2,2	→	→
Holzindustrie	23,0	8,1	→	1,2	-0,9	→	→
Lebensmittelindustrie	3,5	-2,3	→	-1,2	0,9	→	→
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-5,1	2,2	↘	-0,8	-4,1	→	→
Gießereiindustrie	4,7	11,4	→	-0,2	2,8	→	→
NE-Metallindustrie	2,0	16,1	↘	0,4	1,7	→	↘
Fahrzeugindustrie	1,1	-8,4	↘	-5,2	-5,0	↘	↘
Maschinen & Metallwaren	7,2	-0,8	→	-0,1	-1,4	↘	→
Elektro- und Elektronikindustrie	3,3	0,4	↗	0,0	0,9	→	↗
Industrie gesamt	4,2	0,0	→	1,1	-0,9	→	→

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistiken; Sonderauswertung nach Fachverbänden

Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

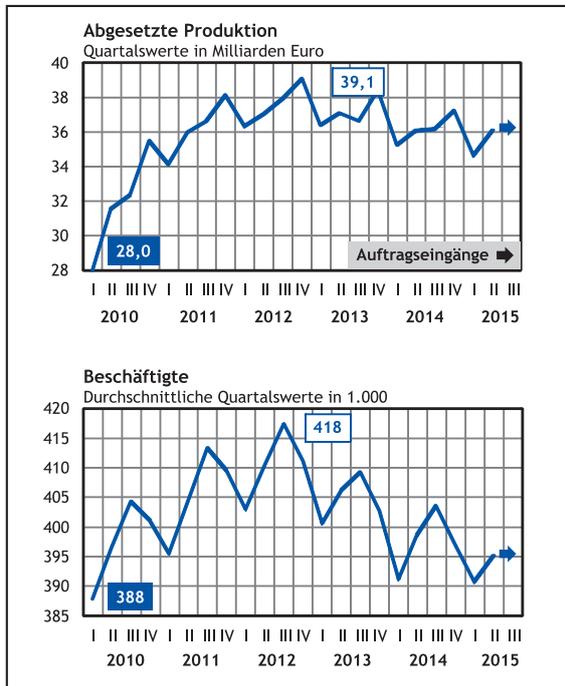
Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte

% VJQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorjahresquartalswert

% VQ: Prozentuelle Veränderung zum Vorquartalswert

E 2 HJ: Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes. (Veränderung 2. Halbjahr 2015 gegenüber 1. Halbjahr 2015)

Gesamtindustrie



Die Lage der österreichischen Industrie bleibt schwierig, neuerlich verringert sich die Industrieproduktion. Angesichts der jedenfalls nicht steigenden, in einzelnen Branchen sogar rückläufigen Auftragsentwicklung ist es nicht überraschend, dass die Investitionsneigung in der Industrie sehr verhalten ausfällt. Die Zahl der Beschäftigten ist weiter rückläufig.

Die Einschätzungen der Fachverbände zeigen, dass auch im ausklingenden Jahr 2015 keine spürbare Belebung zu sehen ist. Somit bleibt auch der Ausblick auf das kommende Jahr getrübt, wobei die Branchen mitunter - verhaltenen - einen leichten Optimismus signalisieren.

Erläuterung

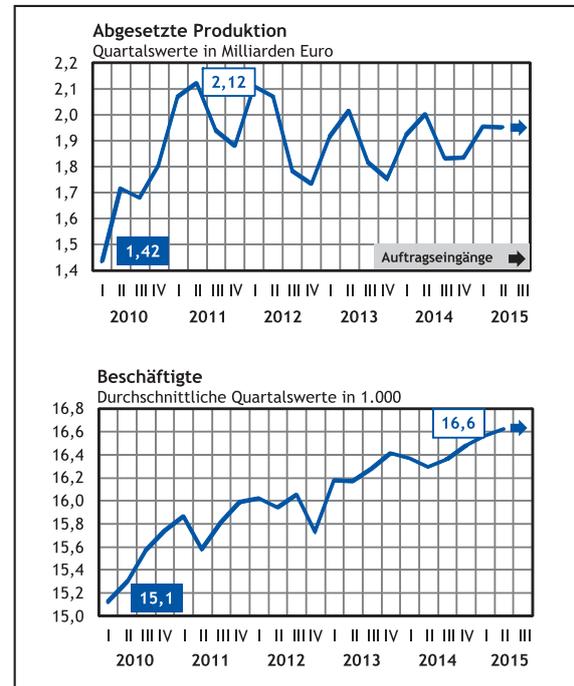
Abgesetzte Produktion: Güterliste 1 (Physische Produkte und produktionsnahe Dienstleistungen) und Güterliste 2 (Dienstleistungen im weiteren Sinne; insbesondere Handelsleistungen)

Beschäftigte: Unselbstständig Beschäftigte (ohne Fremdpersonal)

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik; Sonderauswertung nach Fachverbänden im Auftrag der WKÖ

Die Entwicklung der Produktion, Auftragseingänge und Beschäftigung beruht auf einer qualitativen Einschätzung des jeweiligen Fachverbandes.

Bergwerke und Stahl



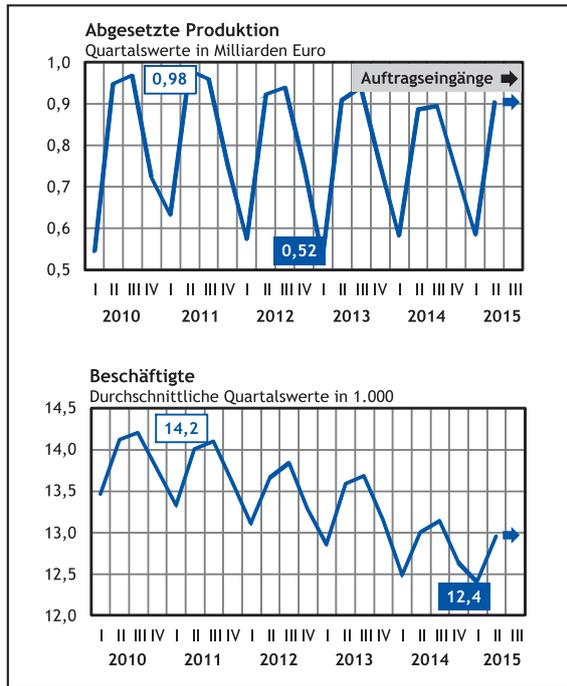
Im zweiten Halbjahr 2015 befinden sich die Betriebe des österreichischen Bergbaus und der Stahlindustrie in einer anhaltenden Konjunkturflaute und einem schwierigen Marktumfeld.

Die österreichischen **Bergwerke** verzeichnen - nach positiven Impulsen zu Jahresbeginn - fast durchwegs eine leicht rückläufige Entwicklung bei Auftragszugang und Produktion. Starke Steigerungen kann derzeit nur der Erzbergbau auf Grund der durch die Optimierung der Förderung verbesserten Kostensituation verbuchen. Auch die Exporte - insbesondere bei Magnesit, Talk und Leukophyllit, Wolfram und Eisenglimmer - verharren, wegen der schwachen Konjunktorentwicklung in Europa, auf nahezu unverändertem Niveau. Ein vorsichtig optimistisches Indiz für eine Besserung könnte das leichte Ansteigen der Rohstoffpreise sein.

Der Auftragseingang der österreichischen **Stahlindustrie** geht im zweiten Halbjahr 2015 leicht zurück. Dementsprechend wurde auch die Rohstahlproduktion etwas zurückgenommen. Die Produktion von Lang- und Flachprodukten ist gegenüber dem ersten Halbjahr nahezu unverändert. Leicht positiv ist die Entwicklung im Edelstahlbereich. Auf Grund der Überkapazitäten in Europa liegen die Marktpreise nach wie vor auf niedrigem Niveau. Nicht abgeschätzt werden kann für die österreichischen Zulieferbetriebe die aktuelle Krise in der Automobilindustrie.

Die Zahl der Mitarbeiter konnte gehalten werden. Die Investitionstätigkeit ist durch die allgemeine Wirtschaftslage nahezu zum Stillstand gekommen.

Stein- und keramische Industrie

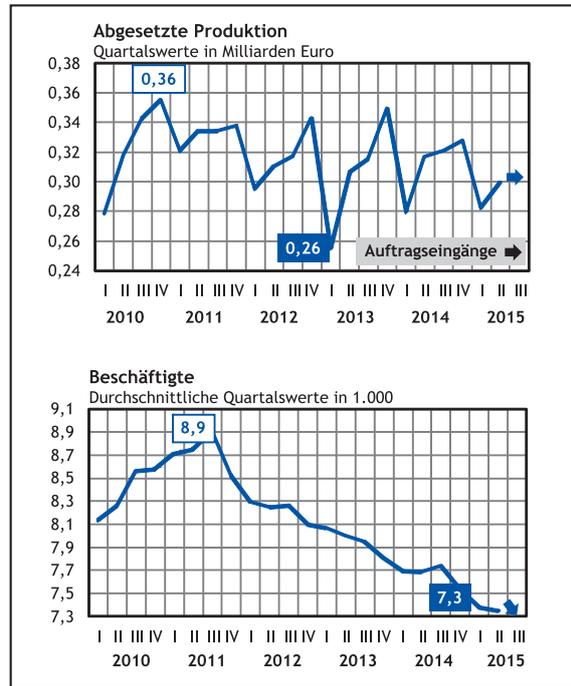


Die **Auftragslage** in der Stein- und keramische Industrie ist - wenn auch mit regionalen Unterschieden - insgesamt zufriedenstellend, jedoch fehlen Großprojekte; daher dominieren kleinere Objekte und der private Sektor derzeit das Baugeschehen. Die **Produktion** liegt im zweiten Halbjahr 2015 etwa auf Vorjahresniveau und zeigt auch wenig Unterschied zum ersten Halbjahr. Bei den **exportorientierten** Branchen zeigt die Halbjahreserhebung 2015 des Fachverbands ein differenziertes Bild: Die Schleifmittelindustrie findet eine gute Nachfrage am Weltmarkt vor (+ 6,0 %), während sich die Feuerfestindustrie mit + 1,2 % begnügen und die Feinkeramische Industrie ein Minus von 4,6 % hinnehmen muss.

Bei Hochbauprodukten im Norden und Osten Österreichs besteht starker Importdruck sowohl aus Billiglohnländern als auch aus Bayern, dessen Überkapazitäten bei der Baustoffproduktion die **Preise** in Österreich drücken. Innovationen und Erzeugung hochqualitativer Produkte sind die einzigen Möglichkeiten, um gegenüber Produkten aus Billiglohnländern am Markt bestehen zu können. **Kosten**seitig wäre insbesondere eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten höchst notwendig. Trotz schwacher Konjunktur investieren Unternehmen in Innovation, generell fließen **Investitionen** - aufgrund der Konjunkturprognosen - weiterhin in Qualität und nicht in Quantität.

Von der angekündigten Wohnbauoffensive der Bundesregierung erwartet sich auch die Baustoffindustrie wichtige Impulse zur Ankurbelung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Österreich.

Glasindustrie



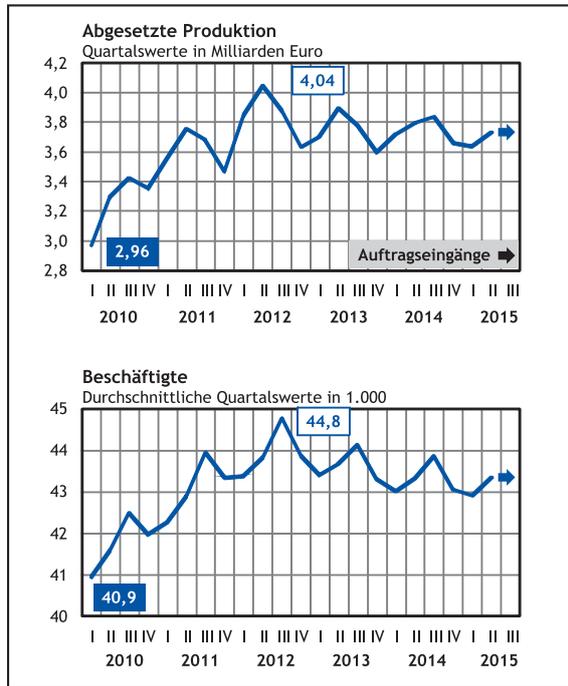
In der glasbe- und verarbeitenden Industrie bleibt das Auftragsvolumen weiter rückläufig und der Preiskampf enorm. Am **Fenstermarkt** schreitet der Preisverfall stetig voran, sodass erneut ein renommierter Fensterhersteller Konkurs anmelden musste. Eine kostendeckende Produktion von anspruchsvollen und innovativen Produkten ist aufgrund von extremen Rabatten nicht mehr möglich. Das schwache Sanierungsgeschäft führt in der baunahen Branche zu Absatzrückgängen.

Bei **Wirtschaftsglas** verschärft sich der Kostendruck im gehobenen Qualitätssegment zunehmend. Neben den hohen Lohn- und Lohnnebenkosten gegenüber Nachbarländern setzt die laue Wirtschaftssituation der Branche zu. Neue Exportmärkte entwickeln sich langsamer als erwartet, aber die Absätze im europäischen und nordamerikanischen Raum bleiben stabil.

Im **Schmuckbereich** baut man weiterhin auf die umsatzstärksten Märkte USA, China, Frankreich und Italien und trotz der Konsumkrise. Mit einem Umsatzplus wird gerechnet, was vor allem auf den zunehmenden Erfolg bestimmter Produktgruppen zurückzuführen ist. Die Branche sieht sich aber mit veränderten Marktrealitäten konfrontiert und setzt den strategischen Umbau fort.

In der **Verpackungsglas**industrie haben heuer die vielen Hitzetage für eine zufriedenstellende Auftragslage bei den Getränkeflaschen gesorgt. Gute Erträge der Weinbauern haben auch den mengenmäßigen Absatz von Weinflaschen gesteigert. Trotz dieser positiven Auftragsituation in der Branche bleibt jedoch die Entwicklung der Stückpreiskosten sehr kritisch.

Chemische Industrie



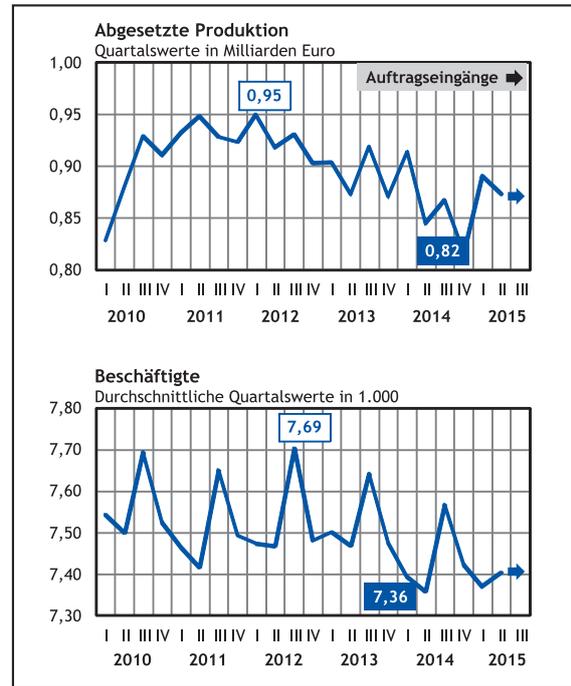
Den nunmehr bereits drei mageren Jahren in der Chemischen Industrie wird sich wohl das laufende Jahr 2015 als viertes mageres Jahr anschließen.

Zum Halbjahr verzeichnete die Branche einen **Produktionswert**zuwachs von minimalen 0,3 %. Vor allem der Chemikalienbereich schwächelte, Pharmazeutika und Kunststoffverarbeitung konnten dagegen zulegen. Bei den Kunststoffwaren war der Umsatz allerdings durch hohe Rohstoffpreise in Folge von Vormaterialverknappungen aufgebläht. Im Chemikalienbereich war die Entwicklung bei anorganischen wie auch organischen Chemikalien negativ, ebenso bei Agrochemikalien und Industriegasen. Fasern entwickelten sich dagegen gut. Nur gedämpft entwickelt hat sich die Nachfrage aus dem Ausland: Der **Export** an Chemieprodukten ging um rund ein Prozent zurück. Markant waren vor allem die Exportrückgänge nach Russland und auch Frankreich sowie Belgien.

Die vorhandenen Rückmeldungen der Unternehmen betreffend das dritte Quartal 2015 zeigen, dass auch dieses keinen Aufschwung gebracht hat. Dies entspricht auch dem gesamteuropäischen Konjunkturbild in der Chemischen Industrie: Sowohl das wichtigste Exportland Deutschland wie auch die EU insgesamt durchlaufen eine konjunkturelle Schwächephase.

Der Ausblick auf das Gesamtjahr ist daher für die Branche eher verhalten. Allerdings besteht die Hoffnung, dass nach vier mageren Jahren das kommende Jahr 2016 ein etwas fetteres werden könnte.

Papierindustrie

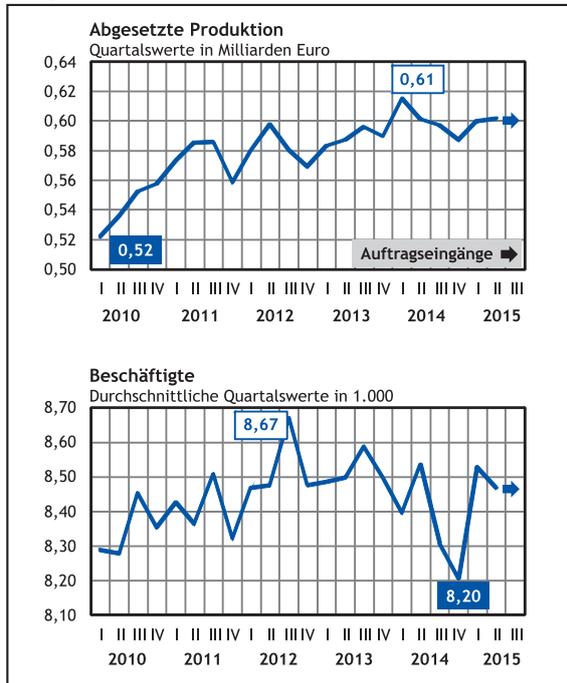


Seit dem Höhepunkt 2007 stagniert die Herstellung von Papier in Österreich. Im laufenden Jahr 2015 liegt die **Papierproduktion** jedoch knapp über dem Vorjahr (+ 1 %), bei Zellstoff ging die Menge wegen technischer Umbauten an Anlagen vorerst zurück (- 10 %). Eine Prognose für das Gesamtjahr fällt jedoch schwer, nachdem eine große Papiermaschine in Oberösterreich durch Brand vorübergehend ausfällt.

Trotz des Mengenwachstums sind die **Erlöse** der Branche leicht rückläufig. Das Preisniveau bei Holz und Altpapier ist weitgehend stabil. Der Zellstoffpreis der Referenz-Sorte NBSK war in den letzten Jahren angestiegen, ging aber im Laufe dieses Jahres auf 840 Dollar zurück. Das zur Herstellung benötigte Industrieholz wird in Österreich durch Holzverbrennung zunehmend knapp. Die Branche pocht daher auf die Umsetzung einer nationalen, kaskadischen Nutzungsstrategie.

Notwendige Effizienzsteigerungen an vielen Standorten führen zu einem weiteren Rückgang der **Beschäftigtenzahlen**. Investitionen finden hauptsächlich zum Erhalten des Stands der Technik statt. Im November gab die Heinzl-Gruppe bekannt, erheblich in die Standorte Laakirchen (Papier) und Pöls (Zellstoff) zu investieren, und dabei auch Kapazitätsausweitungen zu realisieren. Als Teil der „Roadmap 2050“ der europäischen Papierindustrie (CEPI) haben sich Konsortien gebildet, die an der kommerziellen Umsetzung bahnbrechender Innovationen für eine CO₂-arme Branche arbeiten. Der Branchenverband Austropapier meldet sich regelmäßig zu industriepolitischen Themen in Österreich zu Wort.

PROPAK - Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

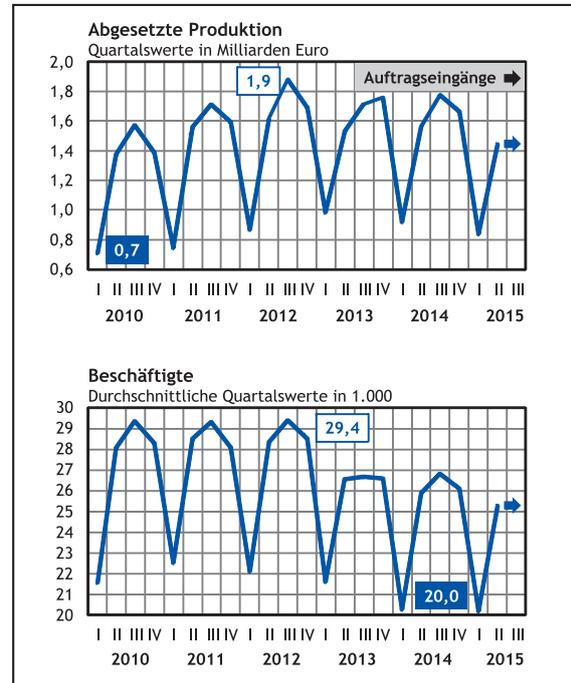


Die **Auftragslage** der Branche ist unverändert volatil und unberechenbar; eine vorläufige Einschätzung geht aktuell von einer leichten Verbesserung der Auftragslage im Jahr 2015 um 0,9 % gegenüber dem Vorjahr aus. In gleicher - geringer - Höhe wird der wertmäßige Zuwachs der **Produktion** erwartet, mengenmäßig dürfte sich das Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr überhaupt nicht verändern. Sofern sich die Erwartungen hinsichtlich einer Besserung der Entwicklung im vierten Quartal bewahrheiten, könnte auf Jahresbasis das Volumen des Vorjahres wieder erreicht werden.

Angesichts der geringen Wachstumsraten und der schwierigen Exportmärkte Europas ist die **Preisentwicklung** zunehmend angespannt. **Kostenseitig** stellen insbesondere die Arbeitskosten einen immer wichtiger werdenden Faktor im internationalen Wettbewerb dar, der Mangel an entsprechender Arbeitszeitflexibilität in Österreich wird ein immer größerer Nachteil. Die Entwicklung der Rohmaterialkosten war zuletzt stabil.

Vereinzelt werden **Investitionen** in Großprojekte durchgeführt. Aufgrund der Schließung eines größeren Werks wird der **Beschäftigtenstand** der Branche im laufenden Jahr sinken, und zwar voraussichtlich um rund eineinhalb Prozent. Die Branche ist bemüht ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz durchzuführen. Zentrale Ziele der Branche betreffen flexible Arbeitszeiten, die Sicherung eines entsprechenden Angebots an Fachkräften und eine Verbesserung der Qualifikationsniveaus.

Bauindustrie



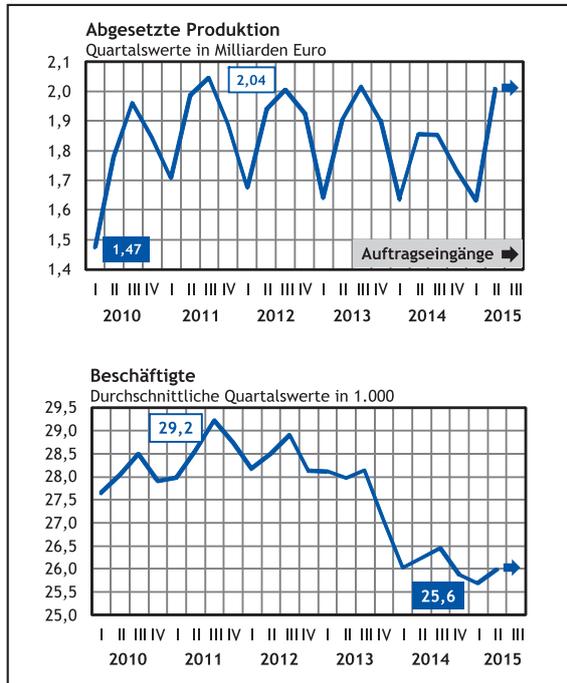
Aufgrund der gedämpften Entwicklung der Gesamtwirtschaft erholt sich auch das Bauwesen derzeit nicht aus der hartnäckigen Schwächephase. Laut Untersuchung des WIFO stieg die **Wertschöpfung** der Bauwirtschaft im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahr nur um 0,3 %. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist die Entwicklung im **Wohnbau** derzeit rückläufig. Dies wird nur unzureichend durch eine geringe Erholung des **Nutz- und Wirtschaftsbaus** aufgefangen. Der **Tiefbausektor** leidet immer noch an der angespannten Budgetsituation der Gebietskörperschaften.

Insgesamt wird für das Jahr 2015 hinsichtlich Wertschöpfung beziehungsweise **Produktion** für den gesamten Bausektor kaum eine Veränderung gegenüber 2014 erwartet. Erst im Jahr 2016 sollen die Bauinvestitionen laut WIFO wieder um etwa 1,0 % zunehmen. In den Jahren danach sollten die positiven Effekte der geplanten Wohnbauoffensive spürbar werden.

Die Entwicklung der **Beschaffungskosten** für die wesentlichen, preisrelevanten Baustoffe ist derzeit weitgehend stabil.

Die Zahl der **Beschäftigten** in der Bauindustrie ist im zweiten Halbjahr 2015 - im Vergleich zum Vorjahr - nur wenig verändert. Allerdings weisen die Arbeitslosenzahlen im Bauhauptgewerbe im laufenden Jahr immer noch steigende Tendenz auf.

Holzindustrie

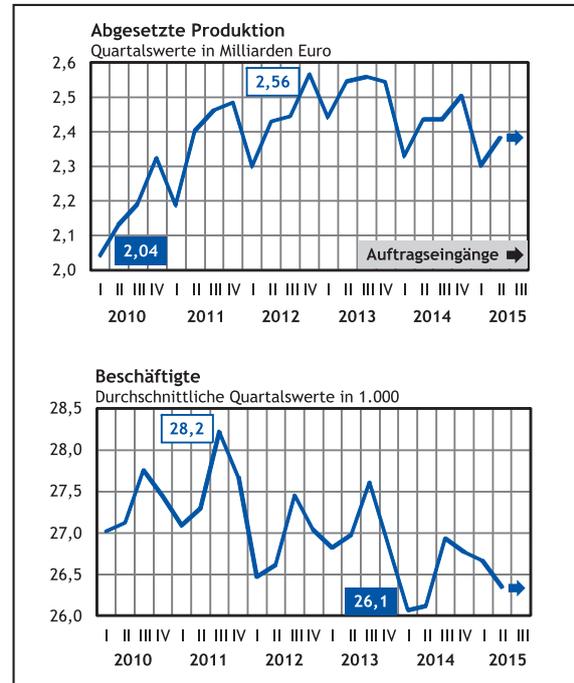


Jener Teil der Holzindustrie, der als Zulieferer zur Bauindustrie fungiert, beklagt eine schwache **Auftragslage**; andere Teile der Holzindustrie - beispielsweise der Bereich Inneneinrichtung - entwickeln sich stabil. Die **Produktion** der Branche insgesamt hat sich im zweiten Halbjahr 2015 nur geringfügig gegenüber dem (schwachen) zweiten Halbjahr 2014 verändert, nur einzelne Bereiche (Innenausbau) zeigen leicht positive Tendenzen. Praktisch alle **Exportmärkte** zeigen einen gewissen Sättigungsgrad, ausgenommen Großbritannien; insgesamt ist daher für das laufende Jahr von sinkenden Exporten auszugehen.

Die **Preise** sind derzeit noch stabil, auf Grund der Konjunkturschwäche stehen sie aber zunehmend unter Druck. Der hohe Schadholzanfall sichert eine gute Holzversorgung und führt zu einer leichten Reduktion der Holzpreise. Auch das Fallen der Energiepreise führte zu einer insgesamt leichten Besserung der **Kostensituation**.

Das **Investitionsklima** bleibt sehr verhalten, Erneuerungsinvestitionen sind nach wie vor nicht auszumachen. Trotz mehreren Insolvenzen verbleiben die vorhandenen Kapazitäten am Markt. Für die Branche insgesamt ist mit einem weiteren, leichten **Beschäftigungsrückgang** ist zu rechnen. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird eine Senkung der Lohnnebenkosten gefordert.

Lebensmittelindustrie

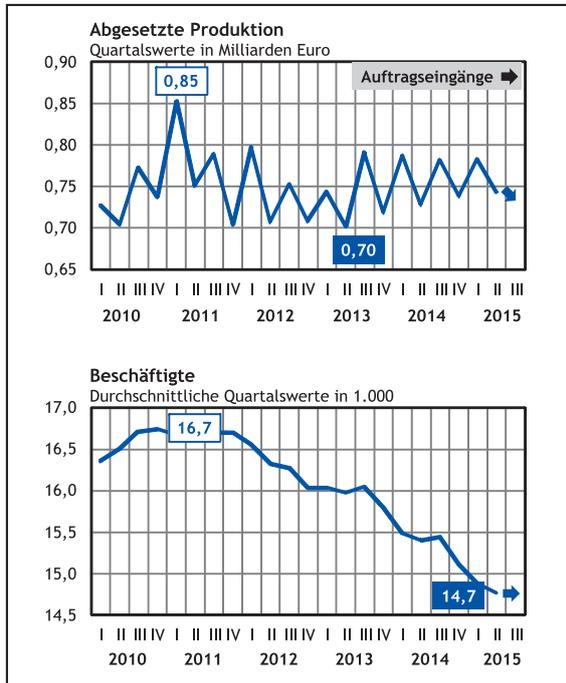


Im ersten Halbjahr 2015 musste die österreichische Lebensmittelindustrie einen **Umsatzrückgang** um 1,3 % hinnehmen. Zu den schwierigen Rahmenbedingungen der Branche am Heimmarkt zählen neben der allgemeinen Konjunkturschwäche die hohe Konzentration im Lebensmittelmitteleinzelhandel und der hohe Anteil an Eigenmarken. Positiv haben sich im laufenden Jahr die heißen Sommermonate und die gute Entwicklung im Tourismus auf viele Unternehmen der Lebensmittelindustrie ausgewirkt: Die Branche ist daher zuversichtlich im Jahr 2015 ihr Umsatzziel - acht Milliarden Euro abgesetzte **Produktion** - wieder zu erreichen.

Die **Exporte** der Lebensmittelindustrie zeigen für das erste Halbjahr 2015 mit einem Plus von 6,4 % gegenüber dem Vorjahr eine gute Entwicklung. Angesichts des Überangebots bei manchen Produkten (primär Fleisch- und Milcherzeugnisse) und einem enormen Preisdruck in der EU drängen viele europäische Nahrungsmittelproduzenten auf Märkte außerhalb Europas, so auch die heimische Lebensmittelwirtschaft. Die Exporte der österreichischen Lebensmittelindustrie auf außereuropäische Märkte stiegen im ersten Halbjahr um fast 20 %, Exportmotor dabei war der US-Markt.

Die Unternehmen müssen in den Ausbau umsatzstarker Produktsegmente investieren und im Ausland neue, kaufkräftige Absatzmärkte erschließen: Die „Internationalisierungsoffensive“ des Wirtschaftsministeriums und die „Exportinitiative neu“ des Ministeriums für ein lebenswertes Österreich sind für die Branche wichtiger denn je.

Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

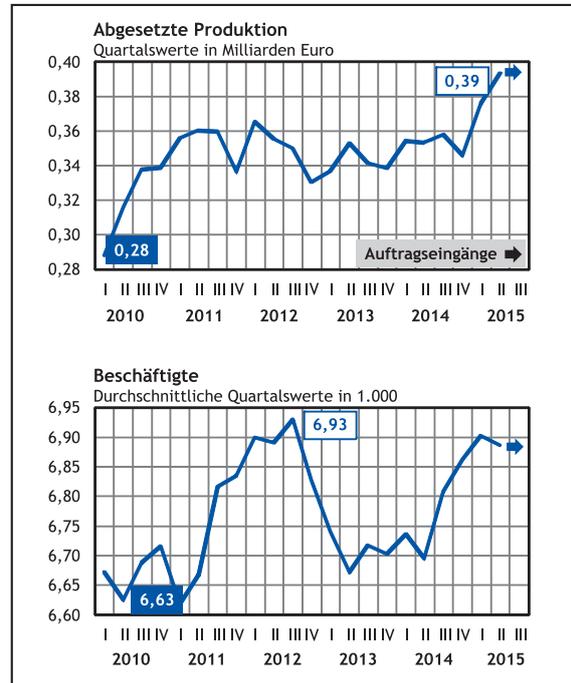


Der Umsatz der **Textilindustrie** ist im ersten Halbjahr 2015 um zwei Prozent gestiegen. Dies muss als Erfolg gewertet werden, weil das konjunkturelle Umfeld und die Konsumnachfrage in Europa nach wie vor sehr schwach sind. Fast 90 % der Produktion gehen in europäische Länder. Die Exporte legten um 4,9 % zu - ein Beweis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Produkte. Bei Spezialprodukten konnten teilweise deutlich höhere Zuwächse erzielt werden. Die Zahl der Beschäftigten zeigt einen leichten Rückgang (um 1,3 %).

Hinsichtlich der abgesetzten Produktion ist der Rückgang in der **Bekleidungsindustrie** ungebrochen. Nach einem guten ersten halben Jahr 2015 scheinen sich die Auftragseingänge in den restlichen Monaten geringfügig über dem Vorjahresniveau einzupendeln. Nachdem die Redimensionierungsmaßnahmen einzelner Unternehmen abgeschlossen wurden, dürfte sich der Beschäftigtenstand auf derzeitigem Niveau einpendeln.

Die Auftragslage in der **Schuh- und Lederwarenindustrie** sowie deren Produktion in Österreich zeigen eine leicht rückläufige Tendenz. Die Exportquote ist fallend, insbesondere aufgrund geringerer Exporte nach Russland. Preisentwicklung und Kostensituation verhalten sich gleichbleibend, gleiches trifft auch auf die Beschäftigtenzahl zu. Das Investitionsklima in Österreich ist stagnierend bis rückläufig und punkto Strategien ist man mit der Absicherung der Qualitätsposition beschäftigt.

Gießereiindustrie

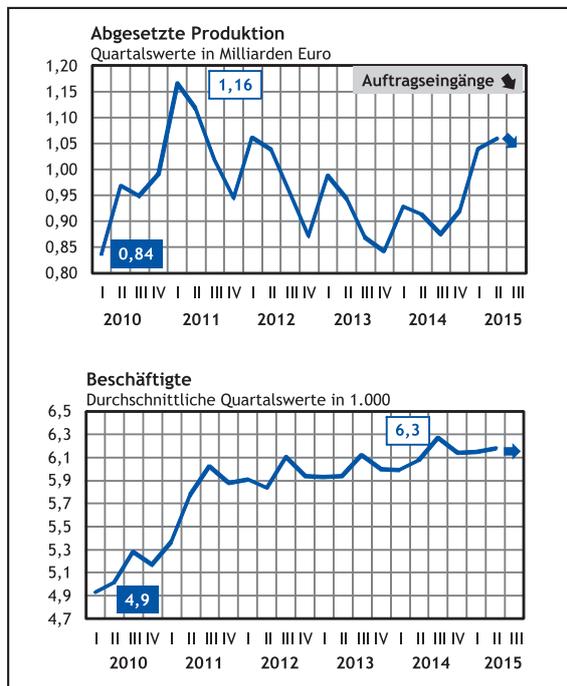


Die aktuelle Situation der Gießereiindustrie ist primär von den Entwicklungen des wichtigsten Absatzmarktes, der **KFZ-Industrie**, geprägt und damit sehr stark konjunkturabhängig. Leider ist das Wachstum nicht in dem Ausmaß gestiegen, wie sich das Wachstum der gesamten Automobilindustrie gesteigert hat.

Aufgrund der aktuellen Probleme von VW werden für die gesamte Branche Rationalisierungsmaßnahmen und erhöhter Kostendruck sowie Anpassungen bei den Beschäftigtenzahlen erwartet.

Weitere wichtige Absatzmärkte sind der **Maschinenbau** und die **Energietechnik**. In beiden Märkten gibt es zurzeit eine Seitwärtsbewegung, so dass hier eine angespannte Situation vorherrscht. Lieferungen in die **Bauwirtschaft** sind leicht zurückgegangen und stehen - wie alle Produkte - im starken Wettbewerb.

NE-Metallindustrie



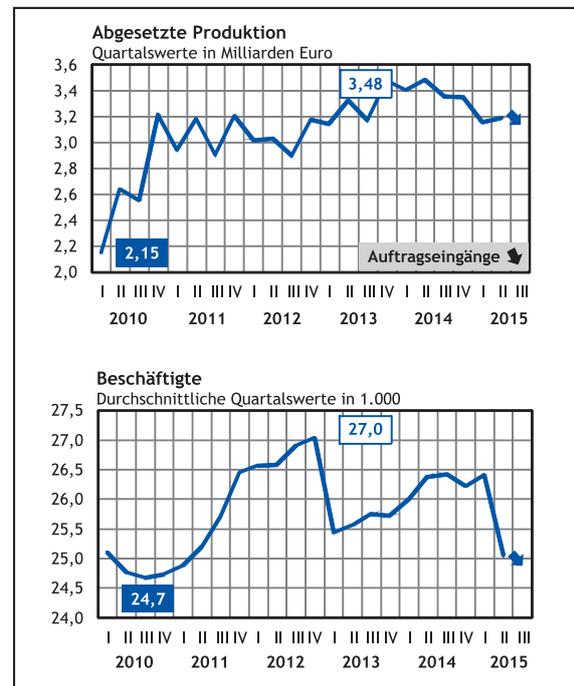
Die österreichische NE-Metallindustrie erwartet für das zweite Halbjahr 2015 aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine rückläufige Entwicklung gegenüber dem ersten Halbjahr 2015.

Die österreichische **Aluminiumindustrie** erreicht auch im zweiten Halbjahr 2015 durch die kontinuierliche Ausweitung der Kapazität bei Walzprodukten eine Steigerung. Bei Extruderprodukten ist die Stimmung aber nach wie vor gedämpft. Die zu Jahresbeginn registrierte Belegung setzte sich nicht weiter fort, sodass die Prognosen kontinuierlich zurückgenommen werden mussten. Die Überkapazitäten führen zu verstärktem Konkurrenz- und Preisdruck. Nicht abgeschätzt werden können die Folgen der Probleme der deutschen Automobilindustrie auf die österreichischen Zulieferbetriebe.

Bei der österreichischen **Kupferindustrie** zeigt sich im zweiten Halbjahr ein ähnliches Bild. Die Produktion von Kupferformaten aus Kupferkathoden erreicht etwa das Niveau des ersten Halbjahres. Bei Kupferhalbfabrikaten (copper semis) sinken Auftragseingang und Produktion. Die Preisentwicklung zeigt bei den Notierungen der London Metal Exchange einen rund 15 %igen Preisverfall gegenüber dem ersten Halbjahr 2015.

Die Zahl der Beschäftigten konnte gehalten werden. Die Investitionen stagnieren auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung auf niedrigem Niveau. Es bleibt abzuwarten, ob und in welchem Zeitraum das von der österreichischen Bundesregierung in Begutachtung gegebene Maßnahmenpaket (Wohnbau) zur Konjunkturbelebung positive Auswirkungen haben wird.

Fahrzeugindustrie



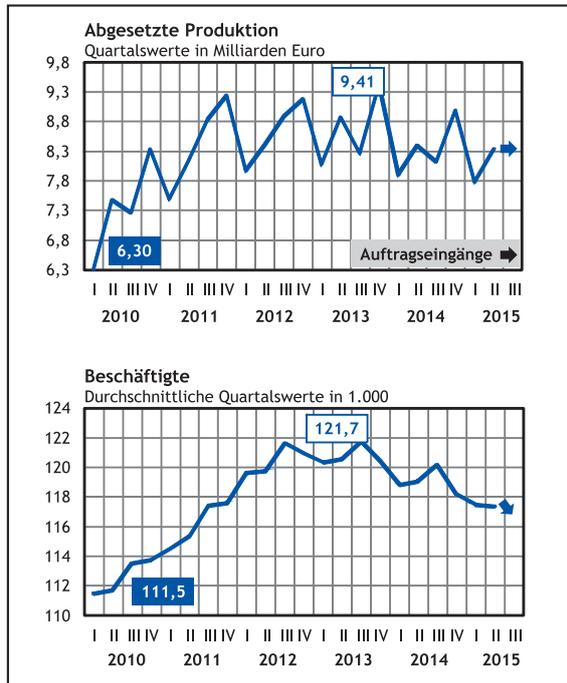
Die Konjunkturaussichten haben sich seit dem Frühjahr weiter verschlechtert. Aktuell überwiegt der Anteil der Unternehmen, die **Produktionsrückgänge** beziehungsweise Stagnation melden. Eine detaillierte Betrachtung zeigt allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen, die teils unternehmensspezifisch und teils branchenbedingt sind. Durch das Auslaufen bestehender Aufträge sind im Segment Pkw Produktionsrückgänge in Höhe von rund 20 % zu erwarten, die jedoch in naher Zukunft durch neue Aufträge (BMW, Jaguar) mehr als kompensiert werden sollten.

Durch die Gründung einer „Regionalen Implacmentstiftung Automotive Styria“ konnte ein Teil der durch die Umstrukturierung im Pkw-Produktionsbereich und bei deren Zulieferer freigesetzten **Personalressourcen** aufgefangen werden - gezielte Qualifizierungsmaßnahmen in dieser Stiftung sollen helfen, den zukünftigen Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der Branche zu decken.

Für das Gesamtjahr 2015 geht der Fachverband der Fahrzeugindustrie Österreichs von einem nominellen Produktionsrückgang in Höhe von mindestens 5 % aus. Verschärft wird die wirtschaftliche Situation durch die Aufdeckung von Abgasmanipulationen sowie deren nicht vorhersehbaren Auswirkungen.

Die Verwendung des **Investitionsvolumen** erstreckt sich im Wesentlichen auf die Bereiche Ersatz von Anlagen, Ausbau eines Dieselmotoren-Entwicklungszentrums und die Konzeptionierung und den Aufbau neuer Produktionslinien im Pkw Bereich; in Summe zeigt das Investitionsvolumen einen moderaten Anstieg (+1,4 %).

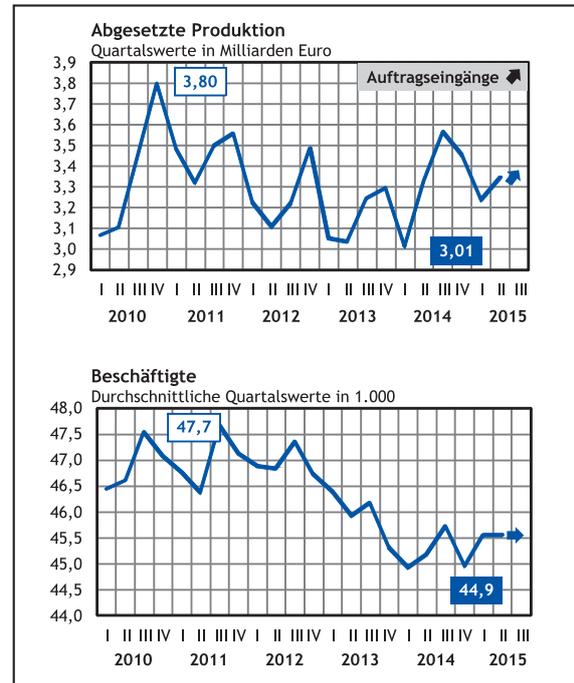
Maschinen & Metallwaren



Bereits in den letzten Monaten hat sich abgezeichnet, dass die Maschinen- und Metallwarenindustrie im zweiten Halbjahr ihre kurze Erholungsphase beendet. Nach einem starken Rückgang im ersten Quartal gab es einen leichten Aufwärtstrend bis in den August hinein, nun stagniert die **Produktion** im Vergleich zu den Vormonaten. Auch die Aussichten liegen im neutralen Bereich, man muss von einer Stabilisierung auf mäßigem Niveau ausgehen. In Summe sind zwar die Erwartungen für die letzten drei Monate des Jahres neutral - das ist aber nicht unbedingt eine gute Nachricht, da das Niveau des Vorjahres noch nicht erreicht worden ist: Um das Jahr mit einer schwarzen Zahl abschließen zu können, müssten die Erwartungen nun deutlich positiver werden. Das Jahr wird daher aller Voraussicht nach mit einem Produktionsrückgang abgeschlossen.

Im Detail sind die **Maschinenbauer** etwas positiver gestimmt als die **Metallwarenhersteller**. In der Metallwarenbranche muss man im letzten Jahresviertel mit einem leichten Rückgang rechnen. Die Auftragslage unterstreicht diesen Befund: Die Branche befindet sich auf durchschnittlichem Niveau, somit kommt auch von dieser Seite keine Hoffnungen auf einen baldigen Aufschwung. Die **Exporte** stabilisieren die Lage im Moment, die Schwäche der Inlandsmärkte wird vor allem durch Zuwächse in den USA und der Schweiz ausgeglichen (Währungseffekt). Hinsichtlich der Zahl der **Beschäftigten** setzt es im Verlauf des Jahres 2015 leichte Rückgänge; in den nächsten Monaten ist aber eine stabile Entwicklung zu erwarten.

Elektro- und Elektronikindustrie



Die internationale Wirtschaftslage beginnt sich langsam wieder zu erholen. Die Konjunktur der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie wurde - nach einer guten Entwicklung im ersten Halbjahr - auch in der zweiten Jahreshälfte 2015 von Wachstumsimpulsen positiv bestimmt. Die **Produktion** lag im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf hohem Niveau, im zweiten Halbjahr 2015 hat sich die Situation bei Produktion und **Auftragslage** noch weiter verbessert, die meisten Sparten konnten ihr Produktionsergebnis steigern.

Für einige Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie hat sich die Nachfrage am Inlandsmarkt leicht erholt, andere Sparten leiden unter der verhaltenen Nachfrage. Trotz der nicht so starken internationalen Konjunktorentwicklung am Weltmarkt sind die **Exporte** von Elektrotechnik- und Elektronikprodukten im Jahr 2015 wieder gewachsen.

Die **Beschäftigtenzahl** der Elektro- und Elektronikindustrie ist im zweiten Halbjahr 2015 leicht steigend, das von den Firmen der Elektro- und Elektronikindustrie eingesetzten Fremdpersonal ist hoch, die Kapazitätsauslastung gestiegen.

Bei einer verhaltenen Konjunkturentwicklung im EU-Raum und einem geringerem Wachstum der Weltwirtschaft war die Konjunkturlage der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie im Jahr 2015 positiv geprägt.

Fragen wir Google! Nowcasting mit Internet-Suchstatistiken

Mit dem Dienst Google Trends bietet Google ein umfangreiches Tool, das detaillierte Einblicke in das Suchverhalten seiner Nutzer ermöglicht. Es hilft dabei, einige zentrale Fragen zu beantworten: Was interessiert die Menschen und wonach suchen sie? Welche Trends sind zu beobachten? Wie verlaufen diese? Treten regionale Unterschiede auf und welche Signale sind im Suchaufkommen zu erkennen?

Wer Antworten auf diese Fragen sucht, greift am besten auf einen neuen Leitfaden von Matthias Schmidl zurück. Der Autor zeigt Schritt-für-Schritt wie Google Trends in unterschiedlichen Bereichen gewinnbringend eingesetzt werden kann. Anhand praktischer Beispiele werden vielfältige Eingabe- und Anwendungsmöglichkeiten näher gebracht. Unter anderem werden Beispiele aus folgenden Branchen gezeigt:

- Arbeitsmarkt
- Tourismus
- Handel
- Marktforschung
- Unterhaltung und Information

Die praxisnahe Publikation legt außerdem dar, wie Google Trends-Daten in ökonometrischen Modellen zur Bestimmung der Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden können. Dadurch kann empirisch überprüft werden, ob diese erweiterten Modelle eine höhere Prognosegenauigkeit als vergleichbare Benchmark-Modelle liefern.

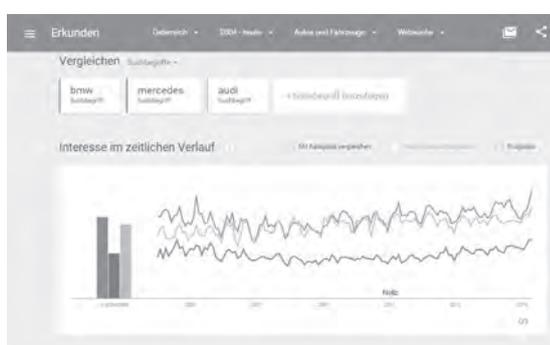
Über den Autor:

MMag. Matthias Schmidl, Bakk., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) in Wien und spezialisierte sich bereits während seines Studiums der Statistik und Volkswirtschaftslehre auf moderne Anwendungen von Internettechnologien in der Wirtschaft. „Nowcasting mit Internet-Suchstatistiken - Fragen wir Google!“ hat 90 Seiten und ist im Fach- und Wissenschaftsverlag omninum zum Preis von 25 EUR erschienen (ISBN 978-3-99031-023-6, Format 17 x 24 cm, Softcover).



Quelle: Google Trends

Step-by-Step Anleitungen



Quelle: Google Trends

Praxisnahe Anwendungen: Beispiel zur Marktbeobachtung in der Automobilbranche

